

Preussischer Landtag

Seine Worte für die Erwerbslosen! — Der „Wohlfahrts“-Minister hat an Erwerbslosen-Debatten kein Interesse!

(Eig. Drahtf.) Berlin, 9. Oktober.

Am Freitag beendete der preussische Landtag die Aussprache über die vorliegenden Erwerbslosenentwürfe. Der Sozialdemokrat Wende, der im Hauptauschuss die kommunistischen Entwürfe als agitatorisch und undurchführbar belächelt hatte, hielt eine demagogische scharfe Rede gegen die Regierung. Nicht minder radikal gebärdete sich der Zentrumsabgeordnete Klaff. Die Worte beider Redner waren darauf gemünzt, die Erwerbslosen drängen über die wirklichen Absichten der preussischen Regierungsparteien zu täuschen. Der Volksparteiler Winterfeldt, ein Agent der Ruhrkohlenindustriellen, hielt auftragsgemäß eine provokatorische Rede, in der er die Erwerbslosenunterstützung für die Schwerindustrie beanspruchte und die Regierung scharf machte, auf die Einführung der Arbeitsdienstpflicht einzuwirken. Der demokratische Gewerkschaftsbeamte Sartmann gab zwar die Folgen der Rationalisierung in Gestalt vermehrten Elends und wachsender Erwerbslosigkeit zu, meinte jedoch, daß die Rationalisierung durchgeführt werden müsse, wenn die deutsche Industrie wieder leistungsfähig werden solle.

Mit all diesen Rednern setzte sich der Gen. Gehrmann auseinander. Die kommunistischen Forderungen auf Erhöhung der Erwerbslosenzahl, auf einmalige Beihilfe usw. haben die Anhänger der Regierungsparteien mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit der Durchführung abgelehnt. In der nächsten Woche werden wir bei der Hohenzollernabfindung erleben, daß dieselben Parteien Millionen den Fürsten und ihren Trabanten in den Rücken werfen. Hier ist man sofort bereit, das Geld mit vollen Händen hinauszuschütten. Die dauernde Anfindung von Arbeitsbeschäftigung und das Ausschleichen einer Beschäftigungsmöglichkeit für die Millionen zwangsweise Untätigen beweist erneut, daß weder die Regierung, noch die sie stützenden Parteien ernsthaft an die Durchführung des Programms der Arbeitsbeschäftigung gehen können.

Wiederholt hatte sich der kommunistische Redner mit seinen Anklagen und Forderungen an die Adresse des Wohlfahrtsministers gewandt, doch der Platz des Ministers blieb während der Dauer der Erwerbslosendebatten leer. (Komm. Zurufe: Wo steht der Herr Wohlfahrtsminister? Vorankatet er wieder Weinproben? Er soll sich hierüber scheeren, wenn Fragen seines Ressorts behandelt werden!) Auch im weiteren Verlauf der Debatten glänzte der Zentrumsmittler Hirtle durch Abwesenheit. Ihm liegt daran, sich die Gunst der Wähler zu erwerben und Hausapostel zu werden, denen er eine etwa 30prozentige Löhnerhöhung zuschreiben will.

In der weiteren Aussprache beteiligten sich noch ein Wirtschaftsparteiler und ein Volklicher. Dieser verurteilte die Arbeitsdienstpflicht als unmoralisch zu machen, mußte jedoch auf den Protest der Kommunisten schnell abbrechen. Dabei gab es wiederum einige Ordnungsrufe.

Die Sozialdemokratin Hanna, Sekretärin des ADGB, versuchte die Haltung der Sozialdemokraten in der Frage der Erwerbslosenunterstützung zu rechtfertigen.

Weiteres Steigen der Lebenshaltungskosten

Die auf der Sitzung des 6. Oktober berechnete Grobhandelsindexziffer des Reichstatistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 29. September um 1 v. H. auf 128,0 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarzeugnisse um 1,8 v. H. auf 130,3 zugenommen, während die Industriepreise um 0,5 v. H. auf 123,5 nachgaben.

Im Durchschnitt September ist die Gesamtindexziffer gegenüber dem Durchschnitt August um 0,2 v. H. auf 126,8 zurückgegangen. Die Gruppenindexziffer der Agrarzeugnisse lag im Durchschnitt September auf 127,9 die Gruppenindexziffer der Industriepreise auf 124,7.

„Mein Name ist Haas...“

„Bist du ein Fabrikdirektor und heißt Rudolf Haas, so kamst du zwar in Magdeburg unschuldig ins Gefängnis gelangen, aber nur für ein paar Wochen. Die Presse des „demokratischen“ Revivals schlägt großen Krach, die Schläge des schwarz-weiß-roten Untersuchungsrichters Kölling kommen zutage... und du bist bald wieder in die Freiheit!“

Herr Haas begnügt sich nun aber nicht damit. Für die paar Wochen, die er im Rittchen in Untersuchungshaft saß, fordert er eine halbe Million Mark Entschädigung vom

Staat. Natürlich wird er sie kriegen! Er hat das nötige Geld und die Rechtsanwälte, um zu „seinem Recht“ zu kommen, wie Heinrich Heine schon vor 80 Jahren besang:

„Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.“

Bei Arbeitern heißt der Untersuchungsrichter Jürgens oder Boigt, die schwarz-rot-goldene Presse schlägt keinen Krach und... die Untersuchungschaft kann unzählige Monate ausgedehnt werden.

Unschuldig? Entschädigung? Unsinn! Revolutionäre Arbeiter sind für die Klassenrichter immer schuldig!

Kleine politische Nachrichten

Schweres Grubenunglück bei Essen. — Essen, 9. Okt. Auf der Zeche „Rarl Junke“ der Essener Steinkohlen-Bergwerk AG. in Heilingen ereignete sich bei der Mittwochmorgenschiefe ein schweres Sprengungsglück. Durch einen zu früh losgehenden Schuß wurden vier Bergarbeiter von den herumschlagenden Gesteinsmassen getroffen. Ein Bergarbeiter war sofort tot.

Leinert an der Spitze! — Berlin, 8. Okt. Im Vorfeld der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist eine Veränderung dadurch eingetreten, daß der neue Innenminister Erzsteinll ausgeschieden ist. An seine Stelle ist der Abgeordnete Leinert getreten. Daneben bleiben wie bisher Vorsitzende die Abgeordneten Heilmann, Haas, Adm und Leib.

Die Stinnes-Dollar-Anleihe zustande gekommen. Die zwischen der Familie Hugo Stinnes und einem amerikanischen Bankentonsorium abgeschlossenen Anleiheverhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Es ist beabsichtigt, die gesamten Bestände der Familie Hugo Stinnes in zwei in Amerika zu bildenden Holding-Gesellschaften zusammenzufassen.

Abegg Nachfolger von Dr. Meißner. Berlin, den 8. Oktober. Ministerialdirektor Dr. Abegg, der bisherige Leiter der Polizeidirektion im preussischen Innenministerium, ist zum Nachfolger des Staatssekretärs Dr. Meißner im Innenministerium aussersehen worden. Die Ernennung Dr. Abeggs, die das Kabinett vorzunehmen hat, dürfte in Kürze erfolgen. Als künftiger Polizeipräsident von Berlin wird der Polizeipräsident von Köln, Jörgel, genannt.

Der Typhus in Hannover. — Hannover, 8. Oktober. Die Zahl der an Typhus Erkrankten beträgt heute 1641, die der Toten 197. Neu eingeliefert wurden seit gestern vormittag 17 Personen, entlassen 16. Vier Personen sind gestorben.

Der Dresdner Volksoffizierprozess vor dem Reichsgericht. Leipzig, 8. Oktober. Vor dem Reichsgericht als Revisionsinstanz wurde heute der Dresdner Volksoffizierprozess verhandelt. Der Geschäftsführer des Dresdner Volksoffiziers, Dr. Meißner, der wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung zu vier Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden war, hatte gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf nach längerer Beratung die Revision.

Eine Revolte in Portugal? — Paris, 8. Okt. In Portugal soll eine neue Revolution ausgebrochen sein. Der Kriegsminister Oberst Almeida, der im letzten Monat seiner Stellung wegen seiner politischen Haltung entbunden worden war, und der vor einem Kriegsgericht erscheinen sollte, erschien nicht. Dies soll einen neuen militärischen Aufbruch in Lissabon zur Folge gehabt haben.

Die weiße Schmach. — Tübingen (Süd-Carolinen), 8. Okt. Eine jahrelange Menschenmenge führte das heilige Gefängnis, setzte sich in den Besitz von drei Regern, die des Mordes beschuldigt wurden, und erschoss sie.

Bestrafte russische Mönche. — Moskau, 8. Okt. Wegen Verbergung und Verkaufes von Kirchengut verhängte ein Gerichtshof im Zwerlkate schwere Freiheitsstrafen über vier Mönche des Klosters „Nilmüste“. Es erhielt der Mönch Abolmoff anderthalb Jahre Einzelhaft, der Abt des Klosters, Jonoff, der Schahmeister Laurenti und der Priester Anton je ein Jahr Einzelhaft.

Vor einem Textilarbeiterstreik in Polen? In der langreichweitigen Textilindustrie ist ein Streit zwischen den Industriellen und der Arbeiterchaft ausgebrochen wegen einer von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhung von 15 Prozent. Da die Arbeitgeber nur eine Lohnzulage von 5 Prozent bewilligen wollen, sind die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien abgebrochen worden. Man befürchtet, sofern es nicht doch noch zu einer Wiederaufnahme der Unterhandlung kommt, für die nächsten Tage der Ausbruch eines Streikes, der 100 000 Textilarbeiter umfassen würde.

gegenüber der eigenen Fraktion! Als die kommunistischen Mitglieder, Kollwitz, Jendrosch und Schulz das ablenkten, hob er in dramatischer Weise die Sitzung auf! Es blieb dem Regierungslafai, dem Demokraten Riedel (die Sozialdemokraten waren interessanterweise gar nicht erschienen) vorbehalten, der Regierung im Namen der bürgerlichen Vertreter das Bedauern über diesen Vorfall auszusprechen!

Die preussische Regierung treibt in dieser Frage dieselbe Politik wie beim Verträge mit den Hohenzollern. Sie versucht den Landtag und besonders das wertvolle Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Geheimdiplomatie mit all den traurigen Folgen für die Arbeiter, soll wieder gehandhabt werden. Die Regierung findet dabei treue Helfer aus allen Parteien bis zu den Sozialdemokraten. Gemeinsam mit den Bürgerlichen stimmten diese in der Freitag-Sitzung einen Antrag der Kommunisten nieder, nach dem der Landtag beschließen sollte, das Ministerium zu beauftragen, in einer Sitzung des Staatschusses eine Erklärung über Verwendung der Gelder zu geben.

Für die Bevölkerung des Ostens, besonders aber für die Angehörigen der im Elend verkommenen wertvollen Massen, bedeuten diese Vorgänge ein Signal! Sie haben von den Staatsbehörden, in denen die Sozialdemokraten Braun und Grzesinski sitzen, zu fordern, daß Schluß gemacht wird mit der Geheimdiplomatie! Daß die Gelder des Volkes, nicht wie im Falle der Hohenzollern für arbeiterfeindliche Zwecke verwendet werden! Da aber nach dem bisherigen Verhalten dieser Stellen, eine Mehr von dieser, dem schaffenden Volke schädlichen und feindlichen Politik nicht zu erwarten ist, heißt für uns die Parole:

Weg mit dieser Regierung!

Zu den Vorgängen im Staatschuss

Antrag der Abgeordneten Ried, Kollwitz, Jendrosch, Schulz-Breslau und der übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunisten.

Im 2ter Ausschuss (Ausschuss für die östlichen Gebiete) fand am 7. Oktober der Bericht des Staatsministeriums über die programmatische Arbeit für den Osten zur Tagesordnung.

Der Staatschuss beschloß, zu diesem Bericht strengste Vertraulichkeit zu erklären.

Es wurde sogar beschlossen, daß kein Mitglied des Staatschusses das Recht habe, seine Fraktion zu informieren.

Dieser letzte Beschluß ist eine Ungeheuerlichkeit ohne Gleichen. Er bedeutet, daß die ganze Fraktion des Landtags von den Maßnahmen der Regierung nichts erfahren, und daß keine Möglichkeit besteht, das Parlament über die Pläne und Maßnahmen der Regierung zu informieren.

Dieser Taktik des Staatschusses und des Staatsministeriums in Bezug auf die Arbeit im Osten erfährt sich nach weiterer Auffassung daraus, daß die preussische Regierung die von der Reichsregierung für den Osten bewilligten 32 Millionen Mark nicht für den Aufbau der Wirtschaft und nicht für Kredite an Kleinbauern zu geben gedenkt, sondern daß sie beabsichtigt hat, diese Summe oder große Teile derselben für irgendwelche geheimen militärischen Zwecke, vermutlich für die Bewaffnung der Grenzschutzverbände und der illegalen schwarzen Wehrmacht zu geben.

Diese Vermutung wird noch bestätigt durch das Verhalten der Regierung am 8. Oktober. An diesem Tage hatte das Staatsministerium die Mitglieder des Staatschusses, „die besonderes Interesse hätten“, zu einer Sitzung geladen, in welcher der Bericht der Regierung gegeben werden sollte.

Auch in dieser Sitzung verlangte der Vertreter des Ministeriums strengste Vertraulichkeit.

Wir stellen vor der Öffentlichkeit fest, daß die Regierung nicht magt, über ihre Maßnahmen für den Osten Aufschluß zu geben und zu berichten.

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird beauftragt, in einer sofort durchzuführenden Sitzung des Staatschusses Bericht über die Maßnahmen in den östlichen Grenzgebieten und die Verwendung der 32 Millionen Mark zu erstatten.

Von diesem Bericht sind alle Fraktionen zu informieren.

Berlin, den 8. Oktober 1926.

Der Lotruf des Goldes

Roman von Tad London.

76)

Das war es nicht, was die alten Jagdmännlein in Wolf erwiderte. Auf jeden Fall entdeckten Dede und Daylight plötzlich eine Erzeugung im Gehirg und sahen die harmlose Wiederholung einer alten arimantigen Tragödie aus der Urzeit. Brennend vor Eifer, auf Samstagen und Luthas wie ein Gefäß stehend, schleichend und am Boden entlang kriechend, laute der Hund, der eigentlich ein gezähmter Wolf war, das verlockende junge Geißel zu fangen, das Mah erst vor kurzem zur Welt gebracht hatte. Und die Stute, deren Vorderfüße ebenfalls wieder erwidert wurden und behten, freute beständig zwischen dem Füllen und dieser drohenden Erinnerung an die wilden alten Zeiten, da ihr ganzes Geschlecht in Angst vor ihm und seinen jagenden Brüdern gelebt hatte. Einmal drehte sie sich plötzlich um und sah nach ihm aus, mürrisch aber verurteilte sie mit dem Haken seine Vorderfüße zu treten oder mit weit aufgerissenen Maul und zurückgeworfenem Kopf auf ihn loszukommen, um ihm das Rückgrat zwischen den Jahren zu zermalmen. Doch der Wolfshund kroch zusammen und schlich sich nach am Kopf liegenden Deden auf seinen Samstagen weg, aber nur, um das Füllen von der anderen Seite wieder anzuschauen und die Stute wieder zu erschrecken. Da ließ Daylight auf Dedes Bitten einen leeren drohenden Ruf aus; und Wolf laut plötzlich ganz in sich plammen, trat ausenbländisch wieder in sein gewohntes Abhängigkeitsverhältnis zu den Menschen und verhielt sich hinter der Scheune.

Wenige Minuten später unterdrück Daylight wieder das Lejen, um dem Wäher in einem der Nieselgraben eine neue Richtung zu geben. Aber da sah er, daß der Kanal trocken war. Er nahm Hade und Schanzel auf die Schulter, holte Hammer und Axtschlange aus dem Werkzeugkasten und schickte dann auf die Veranda zu Dede zurück.

„Ich muß lieber das Rohr ausgraben“, sagte er zu ihr. „Es ist der Erdraß, der den ganzen Winter gedroht hat. Jetzt ist er wohl endlich gekommen.“

„Aber lies nicht allem weiter!“ rief er, während er um das Haus den Pfad entlang schritt, der zum Canon führte.

Als er halbwegs den Pfad hinuntergeschritten war, kam er zu dem Erdraß. Es war nichts von Bedeutung, nur ein paar Tonnen Erde und zusammengestülptes Gestein, aber es hatte fünfzig Fuß darüber angefangen und Kraft genug gehabt, die Wasserleitung in einer Zwischstelle zu zerschneiden. Ehe er an die Arbeit ging, blühte er zur Stelle hinauf, von der der Erdraß gekommen war, und er tat es in der Weise des ge-

übten Minenarbeiters. Und was er sah, ließ fast seine Augen aus den Höhlen treten.

„Das müßten wir uns doch mal näher ansehen!“ sagte er laut.

Sein Blick wanderte über die steile Oberfläche des Bruches. Hier und dort fanden keine schimmernde Ranzaniladische mit verlockenden Wurzeln, aber im großen und ganzen war dieser Teil des Canons nackt und nur von Gras und Antrauf bedeckt. Man konnte sehen, daß die Oberfläche sich geändert hatte, so oft der Regen seine Flut von der Erde über den Rand des Canons gelaßt hatte.

„Ein richtiger Quarzgang, so wahr ich lebe!“ rief er leise aus.

Und wie vorher die alten Jagdmännlein in dem Wolfshund erwacht waren, so lehrte in ihm jetzt die alte, brennende Gier nach dem Golde zurück. Er warf Hammer und Axtschlange hin, behielt aber Hade und Schanzel und kletterte zu dem Erdraß hinauf, wo der vordringende, aber größtenteils mit Erde bedeckte Fels zum Vordringen kam. Der Vordringung war unbedeutlich, fast unmerklich, aber sein geübtes Auge zeichnete sofort die versteinerte Formation, die unter der Erde liegen mußte. Hier und da hieb er mit der Hade auf das zerbröckelnde Gestein los und schürfte die überflüssige Erde fort. Einige Male untersuchte er auch den Stein selbst. Der war so morisch, daß er mit den jüngeren Stüde davon abbrechen konnte. Dann kletterte er ein paar Duzend Fuß höher und begann von neuem mit Hade und Schanzel darauflos zu arbeiten. Und als er diesmal die Erde von einem Felsblock gelöst und ihn unterlegt hatte, richtete er sich plötzlich auf und schaute vor Freude nach Luft. Dann sah er sich hastig um, wie man sich zu vergewissern, daß ihn niemand sah, wie ein Fuchs, der an der Tränke im Wald steht und sich ängstlich nach Feinden umsieht, ehe er trinkt. Er lagte laut über seine eigene Dummheit und machte sich wieder an die Untersuchung des Felsens. Die Sonne war ein Streiflicht darüber, und es glitzerten winzig kleine Stellen darin, die nichts als reines Gold sein konnten.

„Von den Graswurzeln abwärts“, murmelte er mit Ehrfurcht in der Stimme, während er die Axt in die weiche Oberfläche trieb.

Er schien ein anderer Mensch geworden. Die größte Menge Goldstaub hätte nicht die Flammen in seinen Augen entzündet, nicht seine Wangen mit solcher Glut färben können. Während er arbeitete, fühlte er sich von neuem von der alten Leidenschaft gepackt, die ihn den größten Teil seines Lebens beherrscht hatte. Ein wider Mahalan überkam ihn und wuchs von Minute zu Minute. Er arbeitete wie verrückt, bis er vor Anstrengung keuchte und der Schweiß ihm über die Stirne troff. Er suchte die Seite des Erdraßes ab und grub durch

die rote vulkanische Erde, die von dem eingestürzten Felsen über ihm herabgekommen war, bis er Quarz fand, milchden Quarz, der ihm unter den Händen zerbröckelte und von reinem Golde wimmelte.

Zuweilen verursachte er kleine Erdstöße, die seine Arbeit wieder zunichte machten und ihn zwangen, die Erde wegzugraben. Einmal wurde er fünfzig Fuß tief bis auf den Boden des Canons mitgerissen, kam aber mit einiger Mühe auf die Beine und kroch wieder hinauf, ohne auch nur Luft zu schöpfen. Hier war der Quarz bröckelig, daß er fast Lehm gleich, und hier war er reicher an Gold als irgendwo sonst. Es war die reine Schatzkammer. Er verfolgte die Ader bergauf und bergab auf eine Strecke von hundert Fuß. Er kletterte sogar über den Rand des Canons, um möglicherweise etwas von dem Quarzgang zu erspähen. Aber das hatte Zeit und er kehrte schnell zu seinem Funde zurück.

Er arbeitete weiter in derselben wahnwitzigen Eile, bis Ermattung und unerträgliche Rücken Schmerzen ihn zum Aufhören zwangen. Er richtete sich an einem Quarzblock auf, der noch goldhaltiger als die vorhergehenden war. Als er gebückt dahingefallen hatte, war der Schweiß ihm von der Stirn auf die Erde getropft, jetzt lief er ihm in die Augen und blendete ihn. Er wuschte ihn mit dem Handrücken ab und machte sich von neuem an die Untersuchung des Goldes. Es wurde dreißigtausend auf die Tonne, ja fünfzigtausend oder noch mehr ergeben, das mußte er gut. Und als er so das gelbende Gold anstarrte, nach Luft schnappte und sich den Schweiß aus den Augen wuschte, begannen in seinem Innern plötzlich die großen Gefühle aufzutreten. Er sah die Eisenbahnschienen, die vom Tal in die Höhe, aber über die Wiesen bis zum Gipfel des Berges laufen mußten, und sein Blick glitt über die Hänge und baute die Brücke über den Canon, bis alles vor seinen Augen zur Wirklichkeit wurde. Auf der anderen Seite des Canons mußte die Mühe errichtet werden, und er stellte sich dorthin und hing auch die endlose Kette von Eimern auf, die sich mittels Schwerkraft durch den Raum bewegten, um das Metall über den Canon zum Quatzbecher zu schaffen. Die ganze Mine lag zu seinen Füßen mit ihren Tunneln, Schächten, Galerien und Kränen. Er konnte die Sprengungen in der Mine hören, während von der anderen Seite das Rollen des Stampwerkes ertönte. Die Hand, die das kleine Stückchen Quarz hielt, zitterte, und er spürte in seinem Magen ein mildes nervöses Klopfen. Möglich mußte er, daß er etwas trinken mußte. „Wisch, Coctail, irgend etwas, nur Spiritus. Und in diesem Augenblick, als der brennende Drang nach Spiritus ihn ganz beherrschte, hörte er in der Ferne Dedes Stimme, die über die grüne Tiefe des Canons schwach und undeutlich zu ihm herüberdrang. (Fortsetzung folgt.)

Arbeiter! Vollzieht euren Kirchenaustritt!

Proletarische Kulturarbeit im „Verein der Freidenker der Feuerbestattung“

Es ist nicht zu umgehen, will man die Möglichkeit und Notwendigkeit proletarischer Kulturarbeit im „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ (VdF) feststellen, die geschichtliche Entwicklung der Bewegung ganz kurz aufzuzeigen.

Die Feuerbestattungsbewegung ist wie die des Freidenkertums in Deutschland von dem bürgerlichen, antikirchlichen Liberalismus und dem Freimaurertum ausgegangen. Aus diesem letzteren bildeten sich um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts die ersten „Freireligiösen Gemeinden“, die ihres Ursprungs gemäß bürgerlich-demokratisch waren und durchaus noch nicht den Kirchenaustritt von ihren Mitgliedern verlangten. Dazu kam 1881 der „Deutsche Freidenkerbund“ (liberal), der seinen Mitgliedern zwar den Kirchenaustritt zur Pflicht machte, doch wurde in der Praxis von dieser Forderung wohl in den meisten Fällen abgesehen; der größte Teil seiner Mitglieder gehörte ihr noch wie vor an.

Zu Anfang unseres Jahrhunderts, als mit ihrem Erlöschen die sozialistische Arbeiterbewegung mehr und mehr das liberale bürgerliche Element in den beiden genannten Vereinigungen verdrängte, trat der atheistische Gedanke ebenfalls mehr in den Vordergrund. Doch konnte er sich bis heute nicht reflexlos durchsetzen, denn erst 1924 haben sich beide Vereine zum

„Bund für Geistesfreiheit“

zusammengeschlossen. Erst recht verfehlt wäre es, zu behaupten, diese Organisation stehe auf dem Boden des Marxismus und könne proletarische Kulturpolitik betreiben. Zur Illustrierung sei der § 1 der Satzungen angeführt: „... bezweckt die Durchbringung des gesamten öffentlichen und persönlichen Lebens mit einer natürlich menschlichen, auf Vernunft und Wissenschaft aufgebauten Welt- und Lebensanschauung und will seine Mitglieder im Glauben an das Wahre, Gute und Schöne zu vollwertigen, geistig und sittlich hochstehenden Menschen erziehen.“ Wenngleich der Bund immer noch etwa 50 000 Mitglieder hat, deren größte Zahl aus dem Proletariat stammt, muß gleich hier betont werden, daß diese Organisation nicht die des Proletariats ist, daß ihr vielmehr alle überzeugten Marxisten den Rücken zu kehren haben.

Wohl erkennend, daß die damals bestehenden beiden Freidenkerorganisationen bürgerlich waren und für den proletarischen Kulturkampf nicht in Frage kamen, schlossen sich um die Jahrhundertwende proletarische Freidenker zu dem „Zentralverband der Freidenker“ zusammen, um so auch gleichzeitig ein Gegengewicht gegen die bürgerlichen Freidenker zu schaffen. In den Arbeitsrichtlinien der

„Gemeinschaft proletarischer Freidenker“

so heißt diese Organisation jetzt, finden wir folgendes klare Bekenntnis: „Die G. p. F. bekennt sich als einen Teil der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung... sie ist eine auf dem Boden des Klassenkampfes stehende antikirchliche Kulturbewegung“. Ihre stärkste Ausbreitung erfuhr diese Organisation in Sachsen, Thüringen und Westdeutschland. In Berlin selbst konnte sie nicht recht an Boden gewinnen, weil hier die „Freireligiösen Gemeinden“ und ab 1905 der

„Verein der Freidenker für Feuerbestattung“

insbesondere der letztere, ihr Feld hatten.

Für das Berliner Proletariat bedeutet heute vielfach der VdF „meist weiter nichts als „Verbrennungsgesellschaft“. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der Verein, entgegen den Zielen seiner Gründer und der ganzen Tendenz seiner Grundzüge, seine Propaganda in erster und fast ausschließlich Linie der Frage der Feuerbestattung zuwendet.

Das ist aus folgenden Gründen unhaltbar und falsch:

1. Der Verein verlangt von seinen Mitgliedern den Kirchenaustritt und ist schon aus diesem Grunde zur freigeistigen Propaganda verpflichtet, wenn er lebensfähig bleiben will.
2. Er hat in seiner letzten Generalversammlung (1926) seinen Anschluß an die „Internationale proletarischer Freidenker“ vollzogen und außerdem noch ein Bekenntnis für den Marxismus abgegeben. Beides verpflichtet ihn zur klaren Stellungnahme und zum aktiven Eingreifen in den proletarischen Kulturkampf.
3. Der Verein muß aber schon aus seiner inneren Struktur heraus (seine Mitglieder sind Arbeiter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die also den fortgeschrittensten Teil des Proletariats darstellen) klar seine Führerschaft im proletarischen Kulturkampf betonen. Dabei versteht sich, daß dieser abhängig von den Ideen des reinen Marxismus und dessen praktischer Erprobung im Leninismus geführt werden muß.

Sind diese Gründe schon stichhaltig genug, die Notwendigkeit der proletarischen Kulturarbeit im VdF zu betonen, so wird diese Aufgabe in unseren Tagen erst recht unabwendbar. Die beachtlichste Verschmelzung des VdF mit der Gemeinschaft proletarischer Freidenker (siehe „Rote Fahne“ Nr. 204 vom 15. September) bedingt nunmehr die reflexlose Befolgung aller die proletarische Kulturarbeit hemmenden Hindernisse.

Der proletarische Kulturkampf im VdF

Von grundsätzlicher Bedeutung für die zu leistenden Aufgaben ist es, daß zunächst innerhalb der Organisation Klarheit darüber geschaffen wird, ob der Verein in erster Linie Feuerbestattungsklasse oder proletarische Kulturkampforganisation ist.

Die augenblickliche Leitung argumentiert folgendermaßen: der Verein ist ausdrücklich zum Zweck der Feuerbestattung seiner Mitglieder geschaffen, und es ist aus diesem Grunde selbstverständlich, daß er in erster Linie Feuerbestattungsklasse ist. — Diese Begründung erscheint oberflächlich gesehen einleuchtend. Sie mag für den Laien ebenso begründet sein wie die Formulierung: Die Konjunktionslosigkeiten sind ausdrücklich zu dem Zweck der Verhinderung der Auswanderung des Proletariats geschaffen. — Ebenso wie dieser letzte Satz ganz falsch den wahren Zweck der Konjunktionslosigkeiten angibt, genau so unmöglich ist auch die Meinung der augenblicklichen Leitung im VdF.

Das Proletariat schafft sich keine Organisationen, die nur beschränkter Gegenwartswert für den einzelnen Proletarier haben, z. B. Einzahlung gegen vorherige Zahlung einer bestimmten Summe in Monatsraten von 40 Pfennig oder billiger Lebensmittelaufschlag. Alle proletarischen Organisationen können nur Mittel zum Zweck, können nur Wegbereiter auf dem ihnen obliegenden speziellen Tätigkeitsgebiet für die Machübernahme des Proletariats sein.

Insofern dürfte die Frage für jeden Marxisten klar entschieden sein: Der VdF ist in erster Linie proletarische Kulturkampforganisation.

Die Frage, ob sich der Verein dazu bekennt, ist eine Frage, welche die Mitgliedschaft beantworten wird, und wir sind nicht bange darum, wie die Antwort ausfallen wird.

Wir wissen, daß die Leitung mit dem größten Widerwillen diesen Weg gehen wird. Sie wird zur proletarischen Kulturarbeit gedrängt, und so sucht sie denn nach Mitteln, die es den SPD-freundlichen oder SPD-Genossen in der Leitung möglich machen, bei dieser Partei, die erstens nicht atheistisch und zum anderen nicht Klassenkämpferisch eingestellt ist, wenigstens noch einigermaßen angehen zu bleiben. (Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an das Verhalten der Leitung bei der Marx-Kandidatur, beim Volksentscheid, bei den letzten Elternbeiratswahlen, bis zu einem gewissen Grade auch bei den Jugendweihen usw.)

Wir sprechen es klar aus: Der VdF ist so lange noch nicht die proletarische Kulturkampforganisation, als er seinen Kulturkampf (der sich, um das noch ausdrücklich zu betonen, nicht weit über den

Rahmen seines Vereinsorgans des „Freidenkers“ hinausgewagt hat) in Abhängigkeit und anmaßlicher Rücksichtnahme auf die Interessen der reformistisch gewordenen Sozialdemokratischen Partei führt.

Welche kulturpolitischen Aufgaben hat denn nun der Verein zu leisten?

„Religion ist Privatangelegenheit“, das verkündeten lange Zeit Sozialdemokraten. Sie schlugen heute etwas leisere Töne an, sie tun als ob... Sie haben sich ja schließlich entschieden, daß sie nicht Privatangelegenheit ist. Deswegen hat die Koalitionspolitik der SPD mit dem Zentrum hat durch dieses neue Bekenntnis keinen Stolz erlitten, und wenn auch erst heute (nach 2 1/2 Jahren) Doktorarbeiten darüber schreibt, ob die Unterstützung der Marx-Kandidatur richtig gewesen ist, Religion ist für die leitenden Sozialdemokraten immer noch Privatangelegenheit. (Sie wird bald zur Ehrensache werden, oder sie ist es schon? Wir erinnern nur an die religiösen Sozialisten!) Wir wollen von dem „Sozialisten“ Staatssekretär Heinrich Schulz hier gar nicht sprechen.

Wollt ihr Sozialdemokraten Freidenker der Verhinderung eurer Weltanschauung noch länger tatenlos zusehen? Darf eine Freidenkerleitung über all die unmarxistischen Worte und Taten dieser unchristlichen Stillstehenden hinweggehen?

Wir erschiedenen Freidenker stehen dazu, daß die Vereinsleitung gerade in dieser grundlegenden Frage das fehlende Rückgrat zeigt:

„Religion ist Opium für das Volk!“ (Karl Marx)

„Religionsunterricht ist das größte Verbrechen am Kinde!“ (Tolstoj)

Diese Ansprüche würden in der sozialdemokratischen Hochburg Wien von der Polizei aus dem Saale des Kongresses der Lehrernationale gewaltsam entfernt.

Der Marxismus ist die in sich vollständig geschlossene Weltanschauung des Proletariats. Der Verein steht auf dem Boden des Marxismus und sagt deshalb offenen Kampf den Verrätern an, welche ihn durch allerhand Machinationen verfallenen wollen.

Die entsetzliche Ablehnung jeder religiösen Ideologie mit den Waffen des Marxismus bedeutet eine Konsequenz, deren Tragweite bis in die abgelegensten scheinenden Gebiete der proletarischen Kulturpolitik hineinreicht. Ein Verein, der erklärt, daß er der Religion den schärfsten Kampf ansagt, kann nicht in der bloßen Negation verharren. Er hat sich positiv in allen wesentlichen Kulturfragen zu entscheiden und dementsprechend zu wirken.

Der Kampf um die Schule ist in ein kritisches Stadium getreten. Die Sammlung aller proletarischen Elemente, die für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens eintreten, ist dringendstes Gebot der Stunde. Wo bleibt die Leitung der Freidenker?

Wir fordern auf zum Kampf gegen das kommende Reichsschulgesez!

Die Sammlung aller proletarischen Organisationen durch die Freidenker als die berufenen Führer im Kampfe gegen die Verhinderung der Schule an die Kirche ist sofort in die Wege zu leiten. Bei dieser Gelegenheit wird sich zeigen, ob die Leitung gewillt ist, die Parole des Vereins unbeschadet der Haltung der SPD durchzuführen. Wir wissen, daß das Schicksal dieser Partei nach der Silberberg-Marx-Koalition größte Zurückhaltung in der Frage des Reichsschulgesezes von ihr verlangt. Der Preis für einige Ministeritze ist neben anderem sicher die Schule. Dürfen die Freidenker diesen Kuhhandel dulden? Ermutigt durch die gelungene Rationalisierung holt die reaktionäre Regierung gleichzeitig zu einem anderen Schlage aus. Er bedeutet

ebenso wie die Auswirkungen des Reichsschulgesezes die Anhebung der proletarischen Kulturinteressen.

Das Geleß gegen „Schmutz und Schund“

Ist nicht gegen die „Mc-Carter-Courths-Mahler“ gerichtete, es bedeutet die vollständige Unterdrückung der proletarischen kulturpolitischen Literatur. Beide Geleßentwürfe fordern daher zu schärfstem, einheitlichem Kampf heraus.

Inzwischen sucht die SPD, deren Einstellung zu der Konfessionsalisierung der Schule durch das kommende Reichsschulgesez schon angebeutet wurde, nach einem Ausweg. Sie will den Kampf um die gesamte Schule nicht, und darum betreibt sie gerade jetzt stärkste Propaganda für die sogenannten

„weltlichen Schulen“

(die „evangelischen Schulen ohne Religionsunterricht“). Sie schneiden damit dem überzeugtesten Teil des Proletariats die Möglichkeit ab, eine einheitliche Aktion gegen den Reichsschulgesez zu führen. Die atheistisch eingestellte Elternschaft und diejenigen Eltern, welche mit der Kirche nichts zu tun haben wollen, werden in die Sackgasse der Errichtung von Sonderschulen geleitet. Damit der große Teil der sonst klassenbewußten, der Kirche gegenüber aber noch gleichgültigen Massen vollständig isoliert. Der Kampf allüberall, an allen Schulen wird unterbunden, und die Folge ist die Zerschlagung des Schulwesens in tausende viele Sonderschulen.

Freidenker, liegt das in der Linie der Resolution, welche in der letzten freigeistigen Woche angenommen wurde, in welcher der

Kampf um die Verweltlichung des gesamten Schulwesens

gefordert wird? Wir sagen euch: Laßt die Hände von der Propaganda für solche „weltlichen Schulen“ mit christlichen Lehrern, Schulen, die nach dem Organ des „Bund der freien Schulgesellschaften“ nicht religionsfeindlich, ja nicht einmal kirchensfeindlich sind. Solcher „Weltlichkeit“ den Fingern zu reichen, hieß Preisgabe der elementarsten Freiheitsgrundsätze. Wir Freidenker sollen dagegen ganz entschieden Stellung nehmen. Wir sollen alle Kräfte in allen Schulen mobilisieren für die Abmilderung der Kinder vom Religionsunterricht, für den Austritt der Eltern aus der Kirche.

Diese Propaganda wird die lebhafteste Unterstützung dort finden, wo es uns gelingt, festen Fuß durch unsere Elternbeiräte zu fassen. Diese werden, falls sie unsere Unterstützung finden, unsere besten Propagandisten sein, sie werden mit Hilfe der proletarischen Elternschaft und der Kinder den Schulen ein anderes Gesicht geben.

Ein riesengroßes Betätigungsfeld haben wir Freidenker auf dem Schulgebiet. Sind wir nicht auch mitverantwortlich für das materielle Wohlergehen unserer proletarischen Jugend? Wir sollen es endlich lernen, unserem Freidenkertum den praktisch-diesseitigen Sinn zu geben. Es muß so kommen, daß die proletarische Jugend in uns ihre Freunde, Vorläufer für ihre geistige Befreiung und Mitkämpfer des organisierten Proletariats für ihre materielle Befreiung erkennt.

Schon einmal ist von den Freidenkern gelegentlich der letzten Elternbeiratswahlen versucht worden, sich auch für die materiellen Bedürfnisse der Schuljugend durch die Liste „Kind in Not“ einzusetzen. Damals scheiterte der Versuch. Inzwischen ist die Not der durch die verschärfte Arbeitslosigkeit der Eltern größer und größer geworden und es steht außer Zweifel: Die proletarischen Freidenker haben die Pflicht, jede sich ihnen bietende Gelegenheit zur Befreiung der materiellen Not der Schuljugend mit ihrer ganzen Kraft zu unterstützen.

Der Kongreß der Werttätigen

Der das Massenbewußte Proletariat im November zur Organisation des Widerstandes gegen seine materielle Ausplünderung zusammenführt, er ist auch ein Mittel, das den Freidenkern in ihrem Bestreben, der Schuljugend Hilfe zu bringen, wertvolle Dienste leisten wird. — Wollt ihr beiseite stehen? — Beschäftigt diesen Kongreß und kämpft Schulter an Schulter mit euren Klassen Genossen. Ihr werdet mit dem Kampf um die materiellen Interessen der Jugend den Boden für die proletarischen Kulturziele vorbereiten und zu einem kräftigen Schlage gegen die Reaktion ausloten können.

Schlesische Rundschau

Amnestie!

Es ist wohl dies das hoffnungsreichste Wort, welches das Ohr eines hinter Kerkermauern schmachtenden Gefangenen treffen kann. Leider aber nicht für diejenigen, die der proletarischen Klasse entkommen. Für sie, die für die Idee der Freiheit, für eine neue Weltordnung kämpfen, kennen die kapitalistischen Staaten keine Amnestie. Während ein Graf Arco, der Ehemörder, nach kurzer Haft in einer sehr fidelem Festung, amnestiert wurde und heute neben dem bayerischen Kronprinzen Paraden abmachen darf, müssen die besten unserer Kämpfer jahrelang unter den größten Qualen ihre heißen Jahre in den Justizhäusern verbringen. Restlos bis zum letzten Tage, müssen sie die ihnen durch die Klassenjustiz zubilligten Strafen abbüßen, ohne, daß jemals eine Amnestie Anwendung auf sie findet. Viele von ihnen sind schwerkrank, schwer kriegsbeschädigt, aber auch das hilft nichts; gerade bei den proletarischen politischen Gefangenen kennt man keine Rücksichten, bis zur Grausamkeit werden an ihnen die Strafen unter allen erdenklichen Schikanen vollzogen. Der Klassenjustiz reicht sich der Strafvollzug würdig an. Es sind dies wohl die beiden schärfsten Waffen, die die bürgerliche Gesellschaft gegen das Proletariat führt, und in der schärfsten und grauamsten Weise macht sie davon Gebrauch, ohne sich irgendwie einschüchtern zu lassen. Es sind dies Auswüchse dieser sonst so guten freien deutschen Republik, sagen die reformistischen Arbeiterführer. Nein, es ist dies die Republik, wie sie die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft braucht, um ihre Profite ungehindert einströmen zu können. Sollen die Sozialdemokraten und vor allem die Reichsbannerkameraden versuchen, diese Auswüchse ernstlich zu bekämpfen, und sie von den bürgerlichen Parteien, die heute vorgeben, mit ihnen die Republik schützen zu wollen, verlassen werden. Denn die Bourgeoisie kann nur die Auswüchse an dieser Republik vertragen, diese machen ja ihr, erst die Republik begehrenswert.

Darum ist es Zeit, daß die arbeitende Klasse sich endlich aufrafft und sich einig zusammenschließt um ihre Vorkämpfer aus den Gefängnissen zu befreien. Nicht nur Kommunisten sitzen hinter Kerkermauern, sondern auch viele Reichsbannerkameraden, die es gewagt haben, sich gegen Halunken, die Schöblinge des Kapitals, zu verteidigen. Wir müssen uns zusammenschließen und versuchen, daß, wenn wir nicht durch Wiederaufnahmeverfahren ihren Freispruch erlangen können, zu mindestens eine Amnestie erreicht werden muß.

Am „blutigen Dienstag“ haben wir wieder gesehen, daß jeder Proletarier, der der Justiz ins Garn geht, so leicht nicht wieder herauskommt. Genossen, die sich schühend vor Verwundete stellen, sitzen heute noch in Untersuchungshaft. Arbeitermörder sind frei. Am Falle Wobus haben wir gesehen, daß auch bei den deutschen Klassenrichtern die Solidarität des Proletariats nicht spurlos vorübergeht. Unsere Proteste haben geholfen. Darum Proletarier, Rote Frontkämpfer und Reichsbannerkameraden, tretet ein in die Rote Hilfe. Ihre nächste Aufgabe, die sie sich gestellt hat, ist für die Amnestie der politischen Gefangenen zu sorgen. Dazu braucht sie Euch, steht ihr bei in dieser Arbeit,

und helft mit Eurer Genossen und Kameraden zu befreien aus den Armen der Klassenjustiz. Ein SPD-Arbeiter.

Breslau. Schwere Unfall beim Reiterregiment 7. Beim Nachrichtenzuge des 7. Reiter-Regiments in Carlswitz erhielt ein Unterwachtmeister von einem Pferd einen so heftigen Schlag gegen den Kopf, daß ihm die rechte Kopfseite zerrammt wurde. Der Verletzte wurde in das Allerheiligenhospital überführt. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Sogerswerda. Papiergeld von Mäusen zerfressen. Ein Landwirt bediente sich zur Aufbewahrung seines Papiergeldes eines Vertedes, das die Mäuse ausfindig gemacht hatten. Er mußte nun die Feststellung machen, daß die Mager ihm einen Teil der Geldscheine fein laubertlich zerfressen und teilweise sogar verschleppt haben, um sich ihre Behausung damit zu kapieren.

Oppeln. Den eigenen Sohn mit Lothendem Wasser übergossen. In der Familie eines hiesigen Obsthändlers kam es zu Familienzwistigkeiten. Im Laufe der Auseinandersetzungen wollte der 18-jährige Sohn die Mißhandlungen des jüngeren Bruders, der Krüppel ist, verhindern. Hierbei übergießte die Mutter den Sohn mit siedendem Wasser, so daß dieser schwere Verbrühungen erlitt.

Groß-Strehlitz. Zu Tode geprügelt. Der wüthende Sohn des Bauunternehmers Bloch in Kosnierz wurde von einem Manne so schwer mißhandelt, daß er an den Folgen verstarb.

Guttentag. Beide Beine abgerissen. Der 11-jährige Landwirtssohn Ziaja aus Homtschuh fand auf dem Felde eine Sprengkugel, auf die er einen Stein warf. Die Kugel explodierte darauf und zerschmetterte dem Knaben beide Beine. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, dürfte aber kaum mit dem Leben davontommen.

Hindenburg. Lebendig begraben. Auf der Hedwigs-mühlgrube ging beim Abbau ein Pfeiler zu Brüche und verschüttete den Häuer Dzyony aus Biskupitz. Die Rettungsarbeiten wurden sofort eingeleitet, leider ohne Erfolg, da D. nur noch als Leiche geborgen werden konnte.

— Noch ein Todesopfer. Ein weiteres Unglück ereignete sich auf der Gleiwitzer Grube, wobei der Aufseher Rudolf Richter aus Sosniza tödlich verunglückte. Die Leichen wurden nach dem Knappschichtlazarett Hindenburg geschafft.

Kattow. Vom Starbrom getötet. Der 18-jährige Sohn des Gemeindevorsethers Plura in Schammerwitz kam durch einen unglücklichen Zufall mit der Starbromleitung in Berührung und wurde getötet.

Verantwortlich für Politik, für den Betriebsteil, Feuilleton und Lokales: Max Ihmann, Interate: A. Müller, beide in Breslau. Verlag: Schöler, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Druck: Pöschel, Berlin, Filiale Breslau.

Die Zweite Internationale — eine Filiale des Völkerbundes

„In Welchem Lager ist Österreich“

Von Walter Stöcker (Berlin)

(Vorbemerkung: Morgen abend spricht in Breslau der bekannte Theoretiker des Autokratismus Max Adler über das Thema: Völkerbund und Internationale. Im folgenden geben wir unseren Beitrag zu dieser Frage. — D. Red.)

Die Völkerbundstagung in Genf hat die reformistische Politik der Sozialistischen Internationale den Gipfel erreicht. Der ganze Stützpunkt dieser sogenannten Internationale schwebte wieder in politischen Phrasen von der „Neuen Ära“, die durch den Eintritt Deutschlands eingeleitet worden sei. Mehr denn je sei es die Pflicht der Sozialisten, an diesem „Friedensinstrumente“ mitzuarbeiten. Und auch die Autokratisten um Otto Bauer stimmten in der letzten Erklärungsphase in Zürich einer äußerst verschwommenen und zweideutigen Resolution zu, die die Mitarbeit an diesem kapitalistischen „Völkerbund“ befiehlt.

Nach außen heißt es, die Sozialisten hätten im Völkerbund Arbeiter- und Friedensinteressen zu vertreten, in Wahrheit aber treiben die Völkerverweide, Paul Boncour und Breitscheid dort nur die imperialistische Politik ihrer nationalen Bourgeoisie. Paul Boncour betätigt sich anerkennend als einer der geschicktesten Wortführer des französischen Imperialismus und des Pariser Generalstabes. Man bewundert geradezu sein Talent, die Abrüstungsfrage immer wieder zu laborieren oder auf ein dem französischen Militarismus ungefährliches Geleise zu bringen. Und für sein offenes Loblied auf den politischen Militarismus als „europäische Kultur“ gegen den Bolschewismus haben ihm sicher Poincaré und Chamberlain dankbar die Hände gedrückt.

Und Vandervelde, der seit 1914 die Außenpolitik der belgischen Bourgeoisie macht, von der Vaterlandsverteidigung über den Schandfrieden von Versailles bis zum Fall von Lorainol und der in einer der letzten Völkerbundstagen erregt aufsprang und sich mit Brand und Chamberlain entrückt dagegen wandte, daß den unterdrückten Völkern der Mandatskolonien das Recht gegeben werde, vor der Mandatskommission durch eigene Delegationen ihre Beschwerden vorzutragen. Ein Witz, daß sich Vandervelde dabei gegen seinen „Parteilosen“ Vandervelde wandte, der diesen Vorschlag im Auftrag der Mandatskommission unterbreitete. Vandervelde wurde es ganz heiß bei dem Gedanken, daß dann demnächst wohl auch die von den Kapitalisten Belgiens unterdrückten und ausgeplünderten Angewandten in Genf erscheinen könnten. Und Vandervelde ist es auch, der sich weigert, den in den letzten Jahren von der belgischen Bourgeoisie dem chinesischen Volk aufgewungenen Schandvertrag aufzuheben, den die chinesische Regierung jetzt gefündigt hat. Wie ein Löwe verteidigt Vandervelde gegenüber den chinesischen Arbeiter- und Bauernmassen alle finanziellen und diplomatischen Vor- und Sonderrechte der belgischen Ausbeuter und Pfaffenkölle.

Auch Pilsudski hatte einige „feiner“ Sozialisten nach Genf entandt, damit sie dort Jalewski in seinen gefährlichen Blodplänen mit den Randstaaten und Rumänien gegen Sowjet-Rußland unterstützen.

Damit das Bild vollkommen werde: Natürlich hatte auch Stresemann seinen Breitscheid mitgebracht, der ursprünglich war, in Genf die neudeutsche imperialistische Politik mitzutreten zu dürfen. Arm in Arm mit Stresemann, diesem gewissen Führer der deutschen Bourgeoisie, kämpfte Breitscheid in Genf für die militärische Aufrüstung Deutschlands und für ein neues deutsches Kolonialreich, für den „Wiederaufstieg Deutschlands“, d. h. für eine neue Machtentfaltung der deutschen Bourgeoisie.

Und dies alles nennt sich: Proletarische Klassenvertretung im Völkerbund. Wenn doch endlich die sozialdemokratischen Arbeitermassen diesen Betrag und Schandmal erkennen würden! Es ist nur natürlich, daß keiner dieser zehrerischen „Arbeitervertreter“ auch nur ein Wort gegen das entsetzliche Blutbad des britischen Imperialismus in China sagte, keiner protestierte gegen das Verbrechen des französischen Imperialismus in Syrien und Mesopotamien, keiner machte sich gegen die unglaublichen Abrüstungsschwindel, niemand protestierte gegen die zahlreichen Militär- und Kriegsschandverträge, niemand gegen die neuen Pläne Englands gegen Sowjet-Rußland.

Diese Tatsachen sollten den sozialdemokratischen Arbeitern zu denken geben. Wie haben ja solche Proteste wohllich nicht erwartet, daß doch Vandervelde, Paul Boncour und Breitscheid völlig verdrängt mit der Bourgeoisie ihrer Länder, und sie doch in Genf alle Vertreter und Agenten bürgerlich-kapitalistischer Regierungen, die den Völkerbund nur benutzen, um unter patriotischen Phrasen ihre kapitalistische und imperialistische Politik zu verbergen.

So bietet uns Genf ein wahres Bild des Kampfes dieser sogenannten Internationale. Es röhrt ganz zu dem Bilde des Kongresses von Marseille, wo diese „Sozialisten“ einen Antrag ablehnten, den Beschluß der Gewerkschaften in Rom, einen Kriegsausbruch mit dem belagerten Generalstab zu beantworten, zu dem Krieg zu machen, wie sie dort überhaupt jede ernsthaften Kampfmaßnahmen gegen Imperialismus und Kriegsgewalt ablehnten. Die dort vertretenen Arbeiter und Communisten ihrer verschiedenen Bourgeoisien lehnten doch sogar den Antrag der Engländer auf Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden ab. Und zur jetzigen Lage des Völkerbundes vertritt die Gruppe von Kautsky einen Artikel über die ökonomischen Aufgaben des Völkerbundes, wozu man annehmen muß, daß Kautsky von Dostojewski auf den Mond verlegt hat. So tritt diese Internationale immer tiefer.

Unproletarische Feindschaften davon ist ja auch der Moskauer und Lemberger Brief der Autokratisten an die Schweizer Sozialdemokratie, doch endlich ihren Beitritt zur Sozialistischen Internationale zu vollziehen. Man lese nur folgende Zeilen des Briefes, den die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht:

„Seit dem Hamburger Kongreß haben wir uns nach Kräften, die Grundzüge internationaler sozialistischer Politik, die die Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien vertreten hat, innerhalb der Sozialistischen Internationale zur Geltung

zu bringen. Zeugnis dafür sind unsere Bemühungen in den Kommissionen des Kongresses von Marseille, unsere Bemühungen in den Sitzungen der Exekutivkommission, auch in der gegenwärtigen Exekutivkommission.“

Wesentliches sprechen Otto Bauer und seine Freunde in diesem Briefe nur von ihren Bemühungen und Schweigen völlig über deren Ergebnisse.

Und was erleben wir: Robert Grimm und die Schweizer Sozialdemokratie, die seit Hamburg sich beilegte fanden, sie erklären jetzt tatsächlich ihren Beitritt mit der famosen Begründung, der Charakter der Sozialistischen Internationale habe sich verändert, sie habe seit Hamburg einen Modifizierungsprozeß durchgemacht, so daß der Eintritt jetzt erfolgen könne. Da lachen doch wirklich die Führer, nein, verächtler Robert Grimm, geändert und gewandelt hat sich nicht dieses Spottgebilde einer Internationale, geändert hast du dich und die

Ein neues Buch über Imperialismus

(Zu einer bedeutenden Neuausgabe, deren Verfasser Dr. Fritz Sternberg — ein lange Zeit in Breslau tätiger, der linken Sozialdemokratie nahestehender marxistischer Theoretiker — ist, erziehen wir zunächst unseren Mitarbeiter, Genossen Kurt Rixdorf, das Wort. R. gibt in der Hauptfrage referierend den Inhalt des Werkes und seine Stellung innerhalb des Marxismus wieder. Eine eingehendere kritische Auseinandersetzung mit Sternbergs Werk behalten wir uns vor. — Die Redaktion der „A.Z.“)

Sternberg bringt der Malik-Verlag ein neues Werk heraus. Der Imperialismus auseinandergerollt (weshalb übrigens auch die endliche wird dieses Buch innerhalb der Komintern eine größere Beachtung finden. Nicht allein aus dem Grunde, weil der Imperialismus die Kardinalfrage unserer Gegenwart ist und deshalb jede marxistische Unternehmung der theoretischen und praktischen Seiten des Imperialismus sich von größter Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf erwirkt. Weitens schwerer für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Sternbergschen Buche wird ins Gewicht fallen, daß Sternberg in dem Mittelpunkt seiner Darlegungen eine neuartige theoretische Begründung des Imperialismus rückt.

Befremdlich sind innerhalb der Komintern zwei verschiedene und miteinander nicht zu vereinbare ökonomische Erklärungsweisen für den Imperialismus aufeinandergeprallt, weshalb übrigens auch die endgültige Fixierung des Programms der Komintern verhindert wurde): die Luxemburgische Akkumulationstheorie und jene Imperialismustheorie, die zu ihren theoretischen Hauptvertretern Hilferding, Lenin, Bogdanin zählt.

Kosa Luxemburg glaubte die tiefste Ursache des Imperialismus in dem Umstände gefunden zu haben, daß der Kapitalismus innerhalb eines rein kapitalistischen Milieus den zu akkumulierenden Mehrwert nicht abgeben könne; deshalb müsse er, um sich weiter entwickeln zu können, ständig in die vorhandenen nichtkapitalistischen Gebiete vordringen, um in ihnen diesen Teil des Mehrwertes unterzubringen. Deshalb definiert sie den Imperialismus als den „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konfliktkampfe um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus.“ Die Luxemburgische Theorie hat innerhalb der marxistischen Reihen wenige Anhänger, desto mehr aber kritische Gegner gefunden. Erst in jüngerer Zeit ist ihre Theorie von dem Genossen Scharin unter die kritische Lupe genommen worden.

Scharin zeigt an Hand der berühmten Marx'schen Schemata, in denen Marx die notwendigen Güterbeziehungen zwischen den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Gesamtproduktion: den Produktions- und den Konsumtionsmittelindustrien konstruiert, daß auch in einem „reinen“ Kapitalismus, der keine nichtkapitalistische Umgebung mehr kennt, das Kapital die zu akkumulierende Mehrwertmenge realisieren könne, wozu notwendig die Unmöglichkeit der Luxemburgischen Imperialismustheorie folgt. Wieviel erlaubt sich dann aber die Gier des Imperialismus, dessen spezifisches Charakteristikum der Monopolkapitalismus ist, die nichtkapitalistischen Territorien zu verdrängen? Darans, weil dem Kapital in diesen Gebieten eine höhere Profitrate winkt, die Bewegungen des Kapitals aber von dem maximalen Profit dirigiert werden.“

Das neue Buch von Sternberg führt methodisch und bei methodischen Modifikationen auch tatsächlich die Tradition von Kosa Luxemburg weiter. Wenn Sternberg auch in vielen Beziehungen der Scharin'schen Kritik verpflichtet ist und die theoretischen Unhaltbarkeiten von Kosa preisgibt, so glaubt er gerade aus den Marx'schen Schemata schließen zu müssen — auf nähere Ausführungen können wir uns bei dem befristeten Raum nicht einlassen — daß in der Abteilung 2 der Konsumtionsmittelindustrien nach sämtlichen Austauschoperationen zwischen Abteilung 1 und 2 noch ein Konsumtionsrest bestehen bleibt, der in einem „reinen“ Kapitalismus prinzipiell nicht abziehbar wäre. Deshalb müßte es in einem „reinen“ Kapitalismus eine ökonomische „Krise in Perpetuum“ ergeben. Diese permanente Krise ist dadurch vermieden, weil dem Kapitalismus stets — bis heute und auf absehbare Zeit — nichtkapitalistischer Raum zur Verfügung stand. Diesen fand er zunächst in seinem eigenen Gebiet vor. Bei einer zunehmenden Durchkapitalisierung des eigenen nichtkapitalistischen Raumes aber wird für den Kapitalismus der Imperialismus — den Sternberg als Einbruch des Kapitalismus in ganze nichtkapitalistische Territorien definiert — zu einer permanenten Notwendigkeit.

In Unterwürigkeit zu Kosa Luxemburg ist also nicht der ganze zu akkumulierende Mehrwert im „reinen“ Kapitalismus unrealisierbar, sondern nur ein Teil, dieser prinzipiell unabziehbare Konsumtionsrest. Weder diese ökonomischen Notwendigkeit der „Konsumtionsrestrealisierung“ aber erfüllt der Imperialismus nach Sternberg, doch andere wichtige Funktionen für den Kapitalismus. Wenn wir uns das Kapitalverhältnis als einen Stück Kapital-Arbeit vorstellen, so muß in diesem Sinne der Renner Arbeit überwiegen, denn die Ver-

schweizer Sozialdemokratie. Was ihr in Hamburg verachtet, heute bezel ihr es an. Heute wandelt ihr in dem Sumpfe dieser, im besten Falle nur sehr losen Arbeitsgemeinschaft reformistischer Parteien, die fast ausnahmslos viel mehr mit der Bourgeoisie ihres Landes als mit der internationalen Arbeiterklasse verbunden sind. Und die deshalb wie 1914, bei dem ersten Windstoß imperialistischer Konflikte auseinanderfliegen wird, mitläuft dem famosen Völkerbund, diesem gefährlichen Theater zur Einschärfung und Täuschung der Arbeitermassen, damit sie die Vorbereitungen der imperialistischen Räuber zum nächsten großen Blutbad nicht so deutlich merken.

Wenn der Bourgeoisie ihr Spiel mit dem Völkerbund, ihr grandioses Verwirrungsmanöver in der Arbeiterklasse derart gelingt, so nur wegen der Haltung dieser „Internationalen“, die tatsächlich heute die sicherste Stütze der kapitalistischen Internationale ist.

wertungsbedürfnisse des Kapitals erfüllen notwendig eine Menge an freie Arbeiter, die Sternberg Surplusbevölkerung nennt. Wächst nun der Zähler zu stark und ist durch die eintretende Erhöhung des Arbeitslohnes die Höhe der Mehrwertrate gefährdet, so kann der Kapitalismus, ohne auf die Vermehrung des Nenners zu warten (etwa durch Freisetzung von Arbeitern durch Einführung neuer Maschinen) durch Kapitalakkumulation, d. h. durch Imperialismus den Zähler verkleinern und somit die Ausbeuterhaltung des Kapitalverhältnisses der Ausbeutung sicherstellen. Der Imperialismus macht daher den Kapitalismus unabhängig von den verschiedenen Faktoren, die die „innere“ Surplusbevölkerung bilden.

Weiterhin weist der Imperialismus bei seinem Vordringen in den nichtkapitalistischen Territorien dem Kapital Extraprofit in den Schloß. Auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung, die Sternberg Frühimperialismus nennt, schwächt er den ökonomischen Krisenzustand ab und erhöht den Lebensstandard der Arbeiterklasse der imperialistischen Staaten. Dann während der Durchkapitalisierung der nichtkapitalistischen Territorien ist zunächst die Industrie des imperialistischen Landes in großem Ausmaß beschäftigt, die Formen der Wirtschaftskrisen werden abgeräumt, die industrielle Reservearmee schrumpft zusammen, Lohnnominal wird die Position der Arbeiterklasse besser, weshalb das Kapital genötigt ist, einen Teil seiner in den Kolonien ergatterten Extraprofite dem Proletariat abzutreten. Der erhöhte Lebensstandard der Arbeiterklasse der imperialistischen Mächte bildet die ökonomische Basis für die Verdrängung ihres Klassenbewußtseins, für das Aufkommen des Reformismus und Opportunismus. Doch schwächte diese Phase des Imperialismus auf der einen Seite die ökonomische Krise ab, so spitzte sie auf der anderen die politische zu: denn der Vorstoß der verschiedenen, miteinander konkurrierenden imperialistischen Mächte in die nichtkapitalistischen Territorien führt letztlich zum imperialistischen Krieg. Der imperialistische Krieg ist eine denknotwendige Kategorie des Imperialismus.

Heute gehört der Frühimperialismus, in dem die ökonomische Krise abgeschwächt war und die Lage der Arbeiterklasse sich verbesserte, immer mehr der Vergangenheit an und wir erleben eine neue Phase des Imperialismus, in der die politische und die ökonomische Krisenentwicklung parallel gehen. Die Durchkapitalisierung der nichtkapitalistischen Territorien schreitet immer mehr voran, mit der räumlichen Ausdehnung und Erweiterung des Kapitalismus aber steigert sich seine imperialistische Vorstoßnotwendigkeit (als grandioses Beispiel siehe die Entwicklung der Vereinigten Staaten). Innerhalb der nichtkapitalistischen Territorien aber wächst immer mehr die von der Sowjet-Union unterstützte nationale Bewegung, die sich die Abriegelung ihrer Länder gegen den imperialistischen Vorstoß zum Ziel setzt. So gibt es mehr hungrige Hunde, aber weniger Knochen. Die verstärkte ökonomische Krisenabfolge, in die der westeuropäische Kapitalismus heute hineingeraten ist, wirkt sich in einer Herabdrückung der Lebenslage der europäischen Arbeiterklasse aus, die ihre Revolutionierung zur Folge haben wird.

Der imperialistische Krieg als eine Entgeltungsform der Krise im Imperialismus, entscheidet auch die tatsächlichen Streitfragen der Arbeiterbewegung, nicht mehr zwischen Evolution oder Revolution steht die Entscheidung, sondern zwischen imperialistischem Weltkriege oder dem Bürgerkrieg durchgeführten sozialistischen Revolution. Sternberg schließt den theoretischen Teil seines Buches:

„Auf der einen Seite steht der Imperialismus mit seinem Bündel von Kriegen; in seinem Gefolge Abnahme der Sozialisierungsreife, Neo-Feudalismus, Gefährdung der Weltbevölkerung. Auf der anderen Seite steht die ökonomische Krise. Auf der anderen Seite steht die sozialistische Revolution; der Bürgerkrieg unter erschwerten Bedingungen, unter blutigsten Kämpfen, unter notwendigem langandauernden Enten der gesellschaftlichen Produktionskräfte. Aber steht auf der einen Seite die ökonomische Krise, so doch auf der anderen Seite noch die Hoffnung auf eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte nach durchgeführter sozialistischer Revolution.“

Der an Kosa Luxemburg anknüpfende methodische Ausgangspunkt des Sternbergschen Buches, den Kapitalismus mit Rücksicht auf das nichtkapitalistische Milieu zu untersuchen, eröffnet für die theoretischen und praktischen Fragen des Marxismus neue Aspekte. Denn nicht nur die Akkumulation, wie bei Kosa, sondern auch die Krise, die industrielle Reservearmee, der Arbeitslohn und die tatsächlichen Fragen der Revolution werden durch den Tatbestand des nichtkapitalistischen Raumes berührt.

Es ist klar, daß man in sehr vielen und wesentlichen Punkten mit Sternbergs Darstellungen, in denen fast alle aktuellen theoretischen und tatsächlichen Probleme des Proletariats ihre Stelle finden, nicht übereinstimmt. Aber trotz aller theoretischen und tatsächlichen Differenzpunkte zu Sternberg, glauben wir doch, daß sein Buch — das übrigens trotz der Schwierigkeiten ökonomischer Theorie in einer verständlichen und konzentrierten Sprache geschrieben ist — eine Bereicherung der marxistischen Literatur darstellt und als Waffe im politischen Kampf dienen kann, da den reformistischen Phantasieren wie Panuropa und Völkerbund in dem Buche gründlich das Lebenslicht ausgeblasen wird.

Broi-, Weiß- u. Feinbäckerei
Max Wolf,
Landeshut, Vertriebsstraße 5

Anderbeilebung / Herrschaft / Bus
Modchans Fritz Gladis
Lützen
Schnelle Bedienung / Billigste Preise

Hermann Schmidt
Hirschberg, Mühlgrabenstr. 23
Roschlächtereier

Bäckerei u. Konditorei
Robert Langer
Schweidnitz, Grabenstr. 3

Biete mein reichhaltiges Lager in
fertigen Kleidern
sowie
Bett- und Damenwäsche
zu billigen Preisen an
Bei Teilzahlung bitte Ausweis
mitbringen

Berliner Damenkonfektions-
Etagengeschäft
Helene Dietz,
Waldenburg, Albersstraße 7

Max Kell
Biergroßhandlung und Mineral-
wasser-Fabrik
Freiburg i. Schles.
Fermat 100

Für Herbst und Winter
empfiehlt
**Stiefel, Schuhe und
Füllwaren**
in bekannt guter Qualität
E. Scholz Erben
Schuh- und Lederhandlung
Wüstegiersdorf 60

Instrumentenmacher
Sämtliche Holz- u. Metallinstrumente
Jazzbände usw.
neu und gebraucht
Heinrich Pfeiffer, Landeshut
dabei selbst sämtliche Reparaturen

Schuh
besobianstalt
Schweidnitz
Reichshausstr. 1-3
Starkes
Kernschuhwerk
Beste Qualität
Reparaturen
jeder Art
M. Plaffe
Werbt neue
Abonnenten!

Bäckerei und Konditorei
Max Hansch
Landeshut, Schmiedbergerstraße 16

Feisches Obst, Gemüse
sowie sämtliche Kolonialwaren empfiehlt
C. May, Freiburg
Sriegauer Str. 9
Eigene Rabatmarken & Preisel.

Karl Schubert, Sattlermeister
Allwaller, Charlottenbranner Straße 21
empfiehlt Lederwaren / Sportartikel
Anfertigung
und Lager sämtlicher
Polsterwaren

H. Frubrich
Schuhgeschäft — Maß
Reparaturwerkstatt
Dittersbach, Hauptstraße 25

Breslau

Prinz im Hungerstreik

Am gestrigen Dienstag wurde der Kamerad Prinz vom KZB, unter der insamen Beschuldigung verhaftet, er habe seine gegen die Schupo geworfenen Pfeile nicht mit Gewalt, sondern mit anderen Mitteln beschaffen. Prinz ist in Gemeinschaft mit anderen Kameraden in der Kaserne untergebracht worden, ein Besuch zu verhindern, indem er eine Kette bildet, welche die Erwerbenden von der Schupo trennen sollte. Trotzdem die Kette nicht durchbrochen werden konnte, wurden die Kameraden in der Kaserne untergebracht, bis sie nach wie vor weiter in Haft gehalten. Als zwei der Mitverhafteten entlassen wurden, wurde Prinz' Verhaftung aufgehoben, trat er in den Hungerstreik.

Prinz hungert bereits den vierten Tag. Die gesamte Breslauer Arbeiterklasse muß den Hungerstreik des gewählten Prinzen durch ständigen Protest gegen die Klassenjustiz unterstützen.

Gerais mit dem Verhafteten, das muß die Lösung aller Klassenbewegungen Breslauer Arbeiter sein.

Begegnungsabend zur 7. Deutschen Bildwoche

Gestern abend fand im oberen Saal des Rathauses die von der Stadt veranstaltete Begrüßungsfeier der 7. Deutschen Bildwoche statt, an der sogar Kultusminister Bader teilnahm. Nachdem sich die mehreren hundert Personen durch einen von der Stadt, d. h. den Arbeitern, bezahlten, feierlichen Empfang hatten, wurden die offiziellen Begrüßungsreden gehalten. Für die Stadt beherrschte begrüßte Stadtdirektor Lauterbach Mitarbeiter und Gäste. Besonders gerühmte Worte fand er für die „unverfälschten und unverwundlichen Sozialisten“. Obwohl dem Minister die göttliche Vorsehung wurde in gleicher Weise für die vorzüglichen Werten dankt und mit dem Appell zur nationalen Erziehung der Jugend die Rede geschlossen.

Darauf sprach Kultusminister Bader. Unser Staat sei, so meinte er, kein über der Gesellschaft stehendes Organ, sondern werde von ihr selbst gebildet. Daneben gab er ein großartiges Wort der Angst, daß durch die fortschreitende Technik die Ehrfurcht verloren gehen könnte. Diese düstere Sorge umschattete jedoch nicht lange das Haupt des Ministers, sondern fröhlich protestand gab er seiner Rede den für diese Art der Veranstaltung „würdigen“ Abschluß.

Nach ihm sprach noch der Vorsitzende des Lichtspielbundes deutscher Städte, W. d. e. m. a. n. -Stettin, der seinen, die anderen Gäste offensichtlich nicht interessierenden Lebenslauf und Werdegang erzählte. Schon während seiner Rede hatten die Angehörigsten mit dem Vertilgen des aus Brötchen, Butter, Mayonnaise, italienischen Salat, Bier um bestehenden „Nachimbly“ begonnen. Diese Tätigkeit hielt noch an, als unser Vertreter die Tagung verließ.

Ein Kohlenwagen von der Straßenbahn erfasst. Gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr wurde ein von der Bundesstraße in die Rosenthaler Straße einbiegender vollbeladener Kohlenwagen von zwei sich entgegen kommenden Wagen der Straßenbahnlinie 17 erfasst. Das Pferd kam dabei unter den Vorderperson eines Wagens zu liegen und wurde verletzt. An den Straßenbahnwagen ist großer Materialschaden zu verzeichnen. Personen wurden nicht verletzt.

Breslauer Volksbühne. Die Mitlieder der Thalia-Theater-Gemeinde der Volksbühne erhalten zur Werbung für diese Gemeinde zu allen Vorstellungen „Schneider Bibbel“ im Thalia-Theater bis einschließlich 15. d. Mts. Gosparten zum Einzelpreis von 95 Pfg. in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Albrechtstr. 32.

Breslauer Volksbühne. Zu der letzten Wiederholung von Schopenhauers „Mah für Mah“ am 11. und zu den letzten Aufführungen von „Weißend“ am 12. und 14. und zu „Wenig und Ueberreich“ am 13. und 15. d. Mts. erhalten die Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Eintrittskarten zum billigen Eintrittspreis.

Schließliche Fundstube. In diesen Tagen erscheint ein kleines illustriertes Heftchen der Fundstube, Breslau 18, das von ihr gratis abgegeben wird.

Melden

müssen alle Zellen und Ortsgruppen bis zum 12. Oktober an die Bezirksleitung unter Einbindung sämtlicher Aufnahmeheime das Ergebnis der Werbekampagne für

Partei und Presse!

Die Unterbezirksdelegiertenkonferenzen, auch in Kleinheit fallen am 10. Oktober aus. Nur die in Waldenburg findet statt.

Die Konferenz des KZB fällt ebenfalls aus

Sagnau. Von der Mitgliederversammlung der Freidenker. — Am Sonntag den 3. Oktober fand im Volkshaus eine mächtig besuchte Mitgliederversammlung der Freidenker statt. Nach dem üblichen Rapport und Verlesung der Eingänge, wurde beschlossen, am 30. Oktober im Volkshaus eine große öffentliche Volksversammlung abzuhalten, in der ein wissenschaftlicher Vortrag über das Freidenkertum gehalten werden soll. Außerdem wurde beschlossen, auch in diesem Jahre eine Sommerfeier zu veranstalten, zu deren Vorbereitung eine Kommission gewählt wurde. Unter Punkt Verschiedenes gab Gemeindegast W. Rieger bekannt, daß das Reichsbanner sich behauptet habe, daß unsere Ortsgruppe bei ihrem letzten Ausfluge (gemeinlich mit Reichsbanner) eine rote Fahne mitgeführt habe. Zu dieser Angelegenheit ergriff Genosse Bentzup das Wort und legte der Versammlung klar, daß zwischen der Reichsbannerbewegung und der proletarischen Freidenkerbewegung ein hader Trennungsstrich gezogen werden muß. Was auch von der Versammlung anerkannt wurde. Außerdem stellte der Genosse Bentzup den Antrag, die „Arbeiter-Zeitung“ für Schlesien als Publikationsorgan anzuerkennen. Auch diesem wurde zugestimmt. Mit einer Mahnung an die Versammlung, sich eifrig für die Bewegung einzusetzen, wurde die Versammlung vom Gemeindegast Resta geschlossen.

Wetterbericht

des meteorologischen Observatoriums Klettern bei Breslau. Ausblicken für das schlesische Glasland (bis 500 Meter): Etwas kühl, fahl und laute Schauer. Ausblicken für die schlesischen Mittelgebirge (500 bis 1000 Meter): Zeitweise stärkerer Westwind, meist bedeckt, regnerisch. Ausblicken für die schlesischen Hochgebirge (über 1000 Meter): Zeitweise stürmischer West, sehr fahl, Nebel und Regen.

Sternplatz in Gräbchen

Sonntag, den 10. Oktober 1926
nachmittags 2 1/2 Uhr

Ausweidungsziel um die Gruppenmehrfach

Süd I — W. f. L. I

Vorher Jugendspiele

Volkstümliche Eintrittspreise

Platz mit Bunte 10 und 11 bequem zu erreichen

Eine bedeutame Generalversammlung der Breslauer Sozialdemokratie

Hellige Angriffe gegen die Schreibweise der „Vollswacht“ zum blutigen Dienstag — Ein Abstimmungsantrag abgewürgt — Niederlage des Vorstandes — Die Lehren

ab. Breslau, 8. Oktober.

Es gibt es in der Breslauer SPD schon seit 20 Jahren und vielleicht auch schon länger. Am Ende jeder Generalversammlung in den Vorjahren gab es immer am Schluss ein bischen Radau, mal mehr, mal weniger. Es gab zwei Oppositionen, die eine, die gewohnheitsmäßig aus Verbitterung gegen die sich von der Arbeiterklasse entfernenden Führer gegen den Vorstand und gegen jede Arbeit desselben kämpfte, politisch unfruchtbar und oft destruktiv war und eine andere kleine, nicht geschlossenen aufstrebende Opposition, die zum linken Flügel der SPD zählte. Zur letzteren gehörte Herr Schramm, dem kürzlich in einer SPD-Verammlung von seinen Gegnern unter großer Heiterkeit der Versammlung nachgesagt wurde: „Mein lieber Schramm, Du machst schon seit 25 Jahren Opposition.“

Der Krach in der SPD ist heute aus einer ganzen Reihe von Gründen größer und die Generalversammlungen sind geräuschvoller geworden. Ein Schulbeispiel dafür war die sozialdemokratische Generalversammlung am Dienstag über die uns nachstehender, von vielen Seiten als zutreffend bestätigter Bericht zugegangen ist.

Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Referat des Herrn Voigt über Eingemeindung und Kommunalpolitik, das debattelos entgegengenommen wurde. Beim zweiten Punkte Werbewoche für Partei und Parteipresse kam die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Politik der Führer in dem Antrag Sommer zum Ausdruck, der verlangte, daß die „Vollswacht“ erst wieder ein Blatt des Klassenkampfes werden sollte, ehe den Arbeitern zugemutet werden soll, Werbearbeit zu leisten. Scharf angegriffen wurde die Schreibweise der „Vollswacht“ in der Frage des blutigen Dienstag. Diese Angriffe fanden bei einem erheblichen Teil der Versammlung großen Widerhall und Herr Voigt mußte in die Schranken treten. Und hätte der mit allen Anzeichen der Debatteabwägung vertraute Vorsitzende Vietzsch die Abstimmung nicht verhindert, so hätte die „Vollswacht“ wahrscheinlich eine böse Überraschung erleben müssen. Es muß doch sehr schlecht um die Sache der sozialdemokratischen Führer stehen, wenn sie es ablehnen, die Arbeiter entscheiden zu lassen, ob sie Vertrauen zu ihrem Blatt besitzen oder nicht. Doch das nur nebenbei. Der dritte Punkt betraf Ausschüsse, zuerst schiedte der Bezirksvorstand einen Kleinbürger — einen Herrn Dr. Rabed — als Sündenbock in die Wüste, weil dieser sich nicht an der Volksabstimmung beteiligt hatte. Einflüchtiger Ausschluß. Nach dieser billigen Geste gegen rechts, die in der Abschüttelung eines politisch nie erheblich hervorgetretenen Mannes bestand, wehte der Bezirksvorstand das Messer, um einen Widder zu schlagen, das trotz aller SPD-Treue und großer Aktivität nicht in die republikanische Herde des Reichsbanners, sondern zu den störrischen Böden im Frontkämpferbund gelaufen war. Doch kamen die Schlächter Vietzsch und Maße nicht auf ihre Rechnung, vielmehr warf man ihnen einige recht massive Wahrheiten an die Köpfe. Eine ganze Reihe Diskussionen marschierten auf, die gegen den beachtlichen Ausschluß protestierten und eine Anzahl verknüpfte Illiger Fragen stellten, z. B., warum denn einige Führer noch bürgerlichen Gesangs- und Sportvereinen angehören, warum der Eintritt in das Reichsbanner, das keine Massenorganisation ist, SPD-bekräftigt sanktioniert und die Zugehörigkeit zur proletarischen Organisation des KZB mit Rücksicht geahndet werden soll. Herr Schramm hielt unter besonderem Beifall eine wütende Oppositionsrede, vielleicht die grimmigste, die er in 25 Jahren Arbeit getreuer Opposition gehalten, der linke Flügel rollte kraft seiner juristischen Kenntnisse die naturliche Seite der Angelegenheit auf und beantragte Vertagung. Die Stimmung unter den Arbeitern wurde immer gereizter. Herr

Mache bekam, obwohl Demokrat, bis zum letzten Blutstropfen plötzlich Diktatorengedanken und drohte, daß der Bezirksvorstand über die Köpfe der Mitglieder hinweg den Ausschluß vollziehen würde. Und Herr Vietzsch in seiner Jugendmalenbischeinst Anarchist, fragte, ob er auf seine alten Tage etwa in eine Kommunistenversammlung geraten sei. Klar ließen sich die Arbeiter von den Führern, die Proleten von den Kleinbürgern, der Krach zeigte den Ab, der trotz aller Verflechtung durch den Bau der SPD geht. Am deutlichsten kam das bei den Arbeitern aus dem Osten zu Ausdruck, sie wandten sich mit großer Entschiedenheit gegen den Ausschluß, und verlangten, daß die Frage, welchen Organisationen ein Proletarier angehören darf oder nicht, erst einmal gestellt werden muß. Ihr Antrag legte mit großer Mehrheit, der Bezirksvorstand holte sich eine entscheidende Niederlage, der beantragte Ausschluß wurde verlagert.

Herr Macho kennt und fürchtet die erwachenden Proletarier. Als die Kommunistische Partei vor Jahren in Breslau noch schwach und ohne Einfluss war, fachte er einmal alle Sorgen der sein Parteisekretärbezugs bedrücken, in dem Strohfeuer zu kommen: „Vor der SPD habe ich keine Angst, aber vor den Kommunisten in der eigenen Partei.“ Das ist es, sozialdemokratische Arbeiter, was euch die ihr in der Opposition gegen eure Führer steht, mit uns verbindet, ihr seid in den Augen eurer Führer Kommunisten, weil euer Klassenbewußtsein, trotz der Schranken, die eure Führer nicht nur gegen die SPD, sondern auch alle rein proletarischen Organisationen wie KZB, Rote Hilfe und Frontkämpferbund errichten, zu uns Weiden baut. Einige Beispiele: Ihr werdet als Fremdbörer und Feinde in der eigenen Partei von euren Führern behandelt, weil euer Herz für Sowjetrußland schlägt. Sozialdemokratische Eisenbahner haben in Breslau Groschen für Groschen zusammengelegt, um einen erprobten Funktionär und Betriebsrat auf etliche Wochen nach dem Arbeiterstaat zu schicken. Und da kommt die „Vollswacht“ und schreibt verächtlich von den „loppennanten Delegierten“, die niemand gewählt hat, und die auf Regierungskosten in Rußland herumgefahren werden. So ist es in der Frage zu Sowjetrußland und so ist es in allen Fragen, die euch betreffen, ihr steht immer im Gegensatz zu den Führern! Denkt nur an die Stellung der „Vollswacht“ zum blutigen Dienstag! Warum muß sie heute Handlungen verteidigen, die sie jahrzehntelang bebrandmarkt hat? Denkt nach! Ist es pure Schamlosigkeit der Redakteure oder hat es tiefere politische Ursachen? Einmal vertrat die SPD den marxistischen Grundsat, daß der Staat das Instrument der herrschenden Klasse ist und alle seine Einrichtungen, Militär, Polizei, zur Erhaltung der Klassenherrschaft und Unterdrückung der arbeitenden Klasse dienen. Dieser Fundamentalsatz ist von den SPD-Führern längst zum allen Gewinn geworfen worden. Die SPD vertritt als Partei die Theorie, daß die herrliche kapitalistische Republik über den Klassen steht. Und die Konsequenz! — Sie muß diesen Staat verteidigen, sie kann die Beteiligung an der Regierung nicht mehr grundsätzlich ablehnen. Sie muß in Preußen in die Regierung und sie muß die Polizei übernehmen. Ihr habt von Besser gehört, was die Polizei in Rußland ist, dort ist sie gewerkschaftlich organisiert, genau wie die Arbeiter. Sie ist innig verbunden mit dem Proletariat. Bei uns ist sie getrennt von der Bevölkerung, talentiert und militarisiert, spielt die Rolle der Vintz-Schmann-Werte, schneidet aus Preisenaranden in Erwerbslose hinein und wird verteidigt, muß verteidigt werden von euren Führern, welche die Staatspolitik der SPD zu ihrem verpflichten sind. Aber was habt ihr Proleten damit zu tun?

Darum, sozialdemokratische Arbeiter, laßt euch nicht wie Schramm nachsagen, daß ihr 25 Jahre Opposition macht, zieht die Konsequenzen, seid nicht halb Kommunisten, sondern ganz. Ihr gehört zu uns, wie wir zu euch.

Telephonamt der Bezirksleitung der Partei ist ab sofort: Breslau Chile 1365. Sofort notieren und bei jedem Anruf benutzen. Bezirksleitung SPD, Schlesien (Sekretariat).

Verkaufsräumen der Tomkolo-Pale

melden sich um 4 Uhr bei den Genossen Reim, Härtel u. Rother.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau. — Helfer am Pressesekt kommen Sonnabend nach dem Lunapark, Erwerbslose um 4 Uhr, Erwerbstätige nach Arbeitslos.
- Abt. Land, Montag 6 Uhr, Trebnitzer Str. 50 Sitzung.
- Nordost, Frauerversammlung Dienstag 7.30 Uhr, Gertrudenstraße 22. Thema: „Wie sich ein Kommunist seiner Frau gegenüber zu verhalten hat.“

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. — Achtung, Gleichzeit! Das Auto der Abteilung Süd kann wegen Reparaturen nicht fahren. Die Kameraden müssen entweder per Bahn oder per Rad zum roten Tag nach Görlitz fahren.
- Die Werbewoche in Schwab am 10. Oktober fällt aus. Die Kameraden können sich an der Fahnenweihe in Briesg beteiligen. Die Abteilungen müssen sofort die Teilnehmer an der Werbewoche nach Keimarkt im Gaudbüro melden.
- Abteilung 6. Das Abteilungslokal befindet sich Friedrichstraße 41 bei Janke.
- Abt. 3, Montag 7.30 Uhr „Stadt Ranslau“, Matthiasstraße, Generalmitgliederversammlung.
- Ost, Montag 7.30 Uhr Abteilungsversammlung im Restaurant „Jubiläum“, Königgräßer Straße 10. Referent anwesend.

Sonstige Organisationen

- Neu-Schönbach, Rote Hilfe, Sonntag 7 Uhr „zum Fürstentum“ Versammlung.
 - Freiburg, Freie Elternvereingung, Montag 7.30 Uhr im „Grünen Baum“ Versammlung.
- Schluß des redaktionellen Teiles.

Die innere Güte einer Zigarette ist das Entscheidende! Weil die „Salem“-Zigarette diese innere Güte besitzt, wählte sie sich 30 Jahre hindurch zu behaupten. In ihr sind alle Werte einer besten Zigarette klar verkörpert. Sie bietet das, worauf es ankommt: Köstlichen Geschmack und bezauberndes Aroma. Sie ist nicht wahllos, nicht willkürlich zusammengestellt, stellt auch in ihrer Zusammensetzung keine optische Blendung dar, sondern enthält wertvolle Qualität. Inniges Vertrauen mit den Tabakpflanzen, liebevolle und pflegliche Behandlung, das sind die Vorgänge, durch die sich die herstellende Firma, die Orientalische Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Venedige“ in Dresden von jeher auszeichnete. Auch die jetzt auf den Markt gebrachte neue Salem-Zigarette verrät wieder Tradition und Methode. Wer sie kennen gelernt hat, bevorzugt sie!

nur bei

Radio „Elektra“

Warum?

Riesen-Auswahl in:

Detektor-Apparaten
Röhren-Geräten
Sämtlichen Einzelteilen

zum Selbstbau — Für die allerneuesten Schaltungen

Mein Schaufenster sagt Ihnen alles!	Spottbillige Preise!
-------------------------------------	----------------------

„Elektra“, Breslau 1, Nikolaistr. 10/17 Telephon Ring 9274

Hundstunt Breslau (Welle 418), Gleiwitz (Welle 281)!
Wochentags 11.15: Musikalisch (Berl. Freiverleger 10.40).
Wetter. 12.55: Neuerer Zeit. 1.25: Zeit. 1.30: Wetter. Musikalisch (Breslau amtl.). 3: Dreife. Musikalisch (Berl. amtl.). 3.30: u. 5: Landwirtsch. Preisbericht (außer Sonnabends). 4: Nacht. an die Abendveranstaltungen: Wetter, Zeit, Sport u. Dreife-Macht. 6: Gleiwitz überträgt das Breslauer Programm.

Sonntag, 10. Okt. 11: Co. Morgenfeier. Mitt. 3: Polir (Vortrag). Ell. Hofmann (Mit). 12: Trompetenchor des 7. Reiter-Reg. 16: Märche. 3.15: Kaffel. 3.30: Funkkapelles Kinderabendmittag. 4: Funkkapelle. Blon. Mondnacht am Rheinhofberger See. — Siebe: Gesira. — Strauß: Kleine Freundschaft. — Walzer. — Urdach: Im Reichen Suppes. Fant. — Berlin: Schipentanz aus „Jauks Verharmung“. — Ganne: Erlale. — Karatz: Jigunerstidial. — Petras: Carmen. — 5.30: Otto Heuschele: Briefe aus Einmalstein. Schlußbrief. 6: Harmoniumkonzert v. Franz Kalkmann. 7: Vorträge. 7: Die Geschichte der Alpen. 1. V. von W. Dehner, Regensburg. 7.30: Uebertr. aus Gleiwitz: Wanderungen in Helm, von Prof. Ehrenreich. 8.15: Seltene Gesänge. Mitt. 8: Ella von Cassan (Sopran), Hans Batten (Tenor). Am Flügel: Dr. Rik. Hosi: Vier Kinderlieder. — Strauß: Ich mach mir angestrichelten Mann. — Wolf: Storchentrost. — Weingartner: Schindlerlied. — Brüll: Sehe, leben oder acht. — Duette: Schumann: Unterm Fenster. — Brahms: So laß uns wandern. — Hans und Niels. — Volkslied. — Nicolai: Wie aus „Die lustigen Weiber“. — Mascagni: Trinität aus „Cavalleria“. — Puccini: Ariette aus „Manon Lescaut“. — Vorking: Duett aus „Waldschütz“. 10.30: Uebertr. aus Berlin: Tanymust.

Montag, 11. Okt. 4.30: Funkkapelle. Mitt. 11: Ung. Kapelle Nr. 14. — Gounod: Innozenz. — Chopin: Wälsch. Nocturno. — Thomas: Fant. Allegro. — Becc: Legende. — Schuber: Scherzo. — Amadei: Suite pastorale. 8: Das Wichtigste über Erleuchtung und Gegenlicht. Prof. Ing. Schiner. 7: Die Chemie des täglichen Lebens. Prof. Dr. H. H. Schuler. 7.30: Dobl. Ing. Landsberg. Kupfer und Aluminium. 8: 15: Mollnort. Mitt. 8: Prof. Marteau (Wien). Am Flügel: R. Macubinski. Strauß: Sonate op. 18. — 9: 15: Op. 21. — Marteau: Aus „Cavalleria“. op. 42.

Der Rote Front zum Gruß!

So, Kameraden, Genossen! Ihr seid nach Görlitz gekommen, um auch hier zu zeigen, daß die Rote Front kein leeres Geschwätz...

Frech und frecher rühten sich die fauchstüßigen Troßbuben, Gewehre fangen an zu wandern, im Kleinkaliberchießsport werden die nötigen...

In Babeln wurde der Hungerwinter 1926 mit „Mann Johann“ eingeleitet, Arbeiter wälzten sich bereits in ihrem Blute...

SPD und ADGB leben eifrig vom Notstandsprogramm der Regierung, das der schamhafteste Ablenkungsversuch ist...

Der Admitt Severings soll auch einen Teil zur Verwirklichung der großen Koalition beitragen.

Und die Arbeiterklasse? Eradelt sie sich kumpf in ihr Schicksal? Seht sie die Waffen des Klassenkampfes? Verzieht sie auf den...

Kongreß der Werkstätten nordbereitet werden. Er muß zusammen kommen, was zusammen geht: die Arbeiter in den Betrieben mit den Erwerbslosen...

Auch der Aufmarsch in Görlitz wird in die Propaganda des Volkenscheides gestellt werden. In diesem Sinne, Kameraden und Genossen...

Laßt die roten Fahnen in Görlitz wehen! Rähet zu kommenden Kämpfen! Für die Einheitsfront des Proletariats! Für den Kongreß der Werkstätten! Gegen Unterdrückung und Ausbeutung! Gegen die Klassenjustiz! Es lebe der Kampf gegen Kriegsgefahr und Imperialismus! Es lebe Sowjetrußland!

Rot Front in Görlitz

Wahlzerzer am Sonntag. Am Sonntag veranstaltet der RFB... Wahlzerzer am Sonntag. Am Sonntag veranstaltet der RFB...

Alle Frauen, welche sich an der Demonstration am Sonntag beteiligen, treten Punkt 11.45 Uhr auf dem Untermarkt an und marschieren geschlossen nach dem Nikolaigraben...

Kampf der Berufsmuster

Der Deutsche Müller-Verband Görlitz hat an die Reichs- und Staatsbehörden, Mittelrat des Reichsrats sowie der Stadtverordnetenversammlung eine Petition gerichtet...

Zeit Jahren führen die Berufsmuster den Kampf gegen die Konkurrenz der neuen Beamtenberufe noch gewerblich wachsenden Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten...

Hier in Görlitz können sich aber die wachsenden Beamten wieder um die gesetzlichen Bestimmungen noch um die ihnen ebenfalls bekannte Notlage der heutigen Berufsmuster...

Es folgen die Daten, an welchen Tagen die „Muster“ bei den verschiedenen Ämtern gegen Vergütung gespült haben...

Die vorerwähnten Angaben dürfte schon zur Genüge dargestellt sein, daß es so nicht weiter gehen kann...

Die geüblichen Juraisten erörtern also dringend Schritte durch energiges Einschreiten der vorerwähnten Dienstbehörden...

Kongreß der Industriellen. Die Sachlage in allgemeinen und der großen Notlage des Industriellenstandes zu beheben...

Gegen Stahlhelmmitglieder

Die Berechtigung zu dieser Iteberchrift zeigten wiederum zwei Verhandlungssänge am Donnerstag vormittag beim hiesigen Schöffengericht...

Essenknägen, Schlagringe in Form von kurzen Rundstößen mit Handtellen und wichtige Drahtschläger...

Als Gegenstück zu dieser Verhandlung zeigte sich die darauffolgende Angeklagt waren diesmal zwei Arbeiter und als Kläger trat der sogenannte Hundertschaftsführer des Stahlhelms...

Gegen Arbeiter

Als Gegenstück zu dieser Verhandlung zeigte sich die darauffolgende Angeklagt waren diesmal zwei Arbeiter und als Kläger trat der sogenannte Hundertschaftsführer des Stahlhelms...

gleichzeitig zur Hebung der allgemeinen schlechten Finanzlage — ein möglichst beschleunigter Abbau — aber ohne Pension.

Jetzt haben die Behörden das Wort. Wir sind neugierig, was die Behörden auf Grund des gut zusammengestellten Materials des Deutschen Müller-Verbandes antworten werden...

Waldenburg

Achtung, Parteifunktionäre des Unterbezirks Waldenburg!

Sonntag, den 10. Oktober, vormittag 9 Uhr, im Lokal „Zur Amalienquelle“ in Dittersbach findet eine wichtige allgemeine Funktionärerversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

Ein Jahr Zuchthaus? Warum?

Der Schopper Gellner-Dittersbach, Melchiorgrube, wurde von Strafgericht Schweidnitz am 5. d. M. zu einem Jahr Zuchthaus wegen Weisens verurteilt.

Die Vorgänge, die zu diesem Urteil führten, spielten sich wie folgt ab: Der Bauer Buchholz verunglückte zu Ende...

Bei dem Termin in Waldenburg sagte Gellner, der mit Buchholz am dem Abend war und mit heiler Haut davonkam, unter Eid aus: Er sei nicht auf dem Kopf gefahren...

Hatere heuliche Jagd, verabschiedete Paragrafenmenschen, urteilte hart, unerbittlich, wenn ein Arbeiter an der heiligen „Gerechtigkeits“ rüttelt...

Verteidigung der Angeklagten gar nicht eingezogen, sondern sie mit den gebürsteten Worten: „Diese jungen Burschen, die noch nichts geleistet haben, belausen sich überfallen friedliche Bürger...“

Interessant ist der Verhandlungsangang dieser Termine ganz besonders insofern, als beim ersten Termin die Angeklagten Stahlhelmmitglieder waren und die indirekten Kläger der hiesige RFB...

Amstgerichtsrat Wunderlich spielt „Rummelblättchen“

Wozu ein Gerichtssaal nicht alles herhalten muß, das zeigte so recht eine Verhandlung am gleichen Tage gegen einen aus der Haft vorgeführten, vom Vorsitzenden mit „Zigeuner“ bezeichneten Urteilen...

Aber, wir werden diese Klassenrichter nicht umstellen können, denn diese verkörpern ein Stück System, ein Stück schwarz-weiß-rot-goldener Demokratie...

Das anmerkwürdige „Pfenniggrüblein“

Gute Aufmerksamkeit und Achtsamkeit müssen die Beamten in der Verwaltung des Pfenniggrübleins an den Tag legen. Ja, das tun sie auch, sonst könnte der Bankrott schnell da sein...

Vielleicht hat der Direktor Gärtner Jahrgeld nach Westfalen gebracht und deswegen ist dem Kumpel der Lohnrest eingehalten worden. Der will Herr Gärtner mit den Lohnresten schnell noch die 500 Mark zusammenkuppeln...

Gottesberg. Arbeiter-Samariter-Kolonie. Am Sonntag, den 3. 3. Oktober, vormittag, hielten die hiesigen Arbeiter-Samariter ihre gut besuchte Monats- und Vierteljahrsversammlung ab...

Weißheim-Res-Salzbrenn. Die hiesige Arbeiter-Samariter-Kolonie beginnt mit dem neuen Ausbildungskursus am kommenden Sonntag früh 9 Uhr im Jugendheim...

Res-Zeitendorf. Das Gasthaus „zum Pilzhäuschen“ ist schon von jeher ein besonders beliebter Ausflugsort für solche Leute gewesen, deren christlich-nationale Gesinnung sich aufreißungsbedürftig zeigte...

Leben. Am Werksanfang des hiesigen Textilarbeiterverbandes wurden 35 Mitglieder gewonnen. In der Werbung beteiligten sich leider nur 5 Kollegen und 1 Kollegin...

Der Raub des Streikrechts

Der ADGB. verteidigt seinen Verrat

Die Abwägung des Hamburger Eisenarbeiterstreiks durch die staatlichen Schlichtungsbehörden und die Gewerkschaftsführer hat bishertig der ganzen deutschen Arbeiterklasse gezeigt, wie ihr auf „saftigem Wege“ — langsam aber sicher — das Streikrecht, die wichtigste Waffe und ausschlaggebende in dem Kampf um ihre Existenz gegenüber dem Kapital, geraubt wird.

Die Empörung der Arbeitermassen und Gewerkschaftsmittglieder ist so groß, daß sich der ADGB-Vorstand gezwungen sieht, in einem offiziellen Artikel im „Vorwärts“ seine Schandtat zu rechtfertigen.

Dieser Rechtfertigungsartikel ist so provozierend und schlägt den vitalsten Interessen der Arbeiterklasse so ins Gesicht, daß wir für notwendig halten, ihn nachliehend vollständig und wortwörtlich zum Abdruck bringen. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

Streik und Gewerkschaften

Gegen kommunistische Demagogie

Aus dem Büro des Bundesvorstandes des ADGB. wird uns geschrieben:

Die kommunistische Presse bringt fortlaufend, und zwar immer dann, wenn die Gewerkschaften einen Streik, den sie nach Ansicht der kommunistischen Partei führen sollen, nicht durchführen, längere Artikel, in denen die Gewerkschaften in demagogischer Weise angegriffen werden. Regelmäßig werden folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Der ADGB. wolle das Streikrecht der Arbeiter beiseitigen.
2. Der ADGB. sei zu dieser Maßnahme infolge seiner Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern verpflichtet, und
3. das geltende Arbeitsrecht verbiete den Gewerkschaften in keiner Weise, gegen einen Zwangsstreik den Streik auszurufen und Streikunterstützung zu bezahlen.

Die Gewerkschaften sind durchaus selbständige Körperschaften, die sich vor keiner politischen Partei zu rechtfertigen brauchen. Außerdem ist es vollkommen ausfallslos, die kommunistische Partei aufzuklären, da diese ihre falschen Behauptungen wissenschaftlich aufstellt und nicht daran denkt, sich eines Besseren belehren zu lassen, weil sie glaubt, nur durch demagogische Mittel ihre Ziele erreichen zu können.

Damit die Gewerkschaftsmittglieder sich gegen berartige Verleumdungen wehren können, seien hier die wirklichen Tatsachen geschildert:

1. Niemals hat der ADGB. oder haben die Gewerkschaften irgendwie auf das Streikrecht verzichtet wollen. Im Gegenteil, der Streik wird nach wie vor als die schärfste Waffe der Gewerkschaften angesehen, die angewendet werden muß, wenn es unbedingt notwendig ist. Daher lehnen die Gewerkschaften jede Behinderung in der Anwendung dieses letzten Kampfmittels unter allen Umständen ab. Daß das geltende Schlichtungswesen allerdings die Anwendung des Streiks immer dann unmöglich macht, wenn durch die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches ein Zwangsstreik entstanden ist und daß infolgedessen eine Einschränkung der Streikfreiheit besteht, darauf haben die Gewerkschaften die Arbeiter immer wieder hingewiesen. In den Jahrbüchern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1924 und 1925 ist dies in dem Kapitel „Schlichtungswesen“ besonders eindringlich geschrieben. Wären nicht nur ein Teil, sondern die Mehrzahl der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf die Zwangsstreike verzichten können. Aber auch dann würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand eines geltenden Tarifvertrages richtet, weil zu den Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung die Tarifstreue unbedingt gehört.

2. Es ist selbstverständlich absoluter Unsinn, wenn behauptet wird, daß die Gewerkschaftsführer, insbesondere die ADGB-Führer, auf den Streik verzichten müssen, weil sie sich den Unternehmern gegenüber hierzu verpflichtet hätten. Die Gewerkschaften haben sich in gar keiner Weise gegenüber den Unternehmern zur Aufgabe oder Preisgabe irgendwelcher Arbeiterrechte verpflichtet. Das war selbst zu der Zeit nicht der Fall, als die Zentralarbeitsgemeinschaft bestanden hat und ist heute erst recht nicht der Fall. Das Wesen der freien Gewerkschaften schließt es geradezu aus, daß sie etwa den Unternehmern zuliebe Arbeiterrechte preisgeben können. Wenn Rechte übergeben werden müssen, so ist dies immer nur allein darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterklasse den Wert der Gewerkschaften nicht genügend erkannte und daß Millionen Arbeiter keine Gewerkschaftsmittglieder sind. Aber irgendwelche Verabredungen kommen niemals in Betracht.

Insolgedessen ist es eine gemeine Verleumdung, wenn die kommunistische Partei immer wieder die Behauptung aufstellt, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiterrechte an die Unternehmer verkaufen. Jeder Gewerkschaftler hat die unbedingte Pflicht, derartige Behauptungen entschieden zurückzuweisen.

3. Die bedauerlichste Fälschung der Arbeiterklasse besteht nun darin, daß die kommunistische Presse immer wieder darauf hinweist, die heutige „Rechtslage“ verpflichte die Gewerkschaften nicht, Streiks gegen Zwangsstreike zu unterstützen. Auch hier ist es überflüssig, gegen die kommunistische Partei zu polemisieren, denn ihre Behauptungen sind unsinnig und werden wider besseres Wissen erhoben. Außerdem sind kommunistische Partei und Rechtslage gegenwärtige Begriffe. Unter „Rechtslage“ verstehen die Kommunisten immer das, was ihnen gerade in den Kram paßt. Was in dem Sinne, in welchem die deutschen Arbeiter leben, rechtens ist, spielt für die Kommunisten gar keine Rolle.

Strafrechtlich sind in Deutschland Streik und Ausübung regelmäßig nicht verboten. Es gibt auch keine zivilrechtliche Haftung der einzelnen Arbeiter wegen Tarifbruch. Wohl aber gibt es eine zivilrechtliche Haftung der einzelnen Arbeiter bei dem Bruch des Arbeitsvertrages, zum Beispiel bei Streik unter Nichterhaltung der arbeitsvertraglichen Kündigungsfrist. Dagegen haften die Gewerkschaften für Tarifbruch, und es macht hier keinen rechtlichen Unterschied, ob es sich um einen vereinbarten Tarifvertrag oder um einen Zwangsstreik handelt. Die ganze Verbindlichkeitsklärung wäre ja auch sinnlos, wenn ein Unterschied bestehen würde.

Nach § 50 der Privatprozessordnung können auch die nicht rechtsfähigen Vereine für ihre Handlungen haftbar gemacht werden, und es liegen Urteile vor, die den Gewerkschaften einen Schadenersatz auferlegen. Trotzdem ist die Rechtslage für die Gewerkschaften nicht ungünstig, denn sie haften aus § 320 ff. BGB. nur für die Handlungen, welche sie satzungsgemäß vorgenommen haben, nicht aber für Handlungen ihrer Erfüllungsgehilfen, also einzelner Gewerkschaftssekretäre oder Streikleitungen oder Streikposten, die nicht dazu beauftragt waren. Hier können sich außerdem bei unerlaubten Handlungen die Gewerkschaften nach § 331 BGB. aus der Haftung befreien, wenn sie nachweisen, daß sie bei der Befolgung der Erfüllungsgehilfen die nötige Sorgfalt walteten. Dagegen können die rechtsfähigen Vereine nach § 31 BGB. für alle Handlungen

ihres satzungsmäßigen Erfüllungsgehilfen verantwortlich gemacht werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie diese Handlungen veranlaßt haben oder nicht.

Der deutsche Juristentag, der im September 1916 in Köln a. Rh. tagte, hat sich ja gerade mit dieser Frage beschäftigt. Nach dem vom Juristentag mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß sollen die Gewerkschaften den rechtsfähigen Vereinen gleichgestellt, also für alle Handlungen ihrer Erfüllungsgehilfen ohne weiteres verantwortlich gemacht werden. Dagegen werden sich die Gewerkschaften mit aller Energie wehren, denn es besteht keine Veranlassung, die Gewerkschaften, die ihrer Natur nach tarifstreue sein müssen, weil sie sonst ihre Aufgaben nicht erfüllen können, einer derartigen weitgehenden Haftung zu unterstellen.

Daraus ergibt sich aber mit zwingender Logik, daß die Gewerkschaften gegen freie Tarifverträge und gegen Zwangs-Tarifverträge nicht streiken und keine Streikunterstützung zahlen können. Wenn trotzdem die betroffenen Arbeitergruppen selbständig in einen Streik treten, dann untergraben sie durch ihre Disziplinlosigkeit die Macht der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse, weil die Gewerkschaften dann gegenüber den Unternehmern keine Partei mehr darstellen, die in der Lage ist

übernommene oder auferlegte Verpflichtungen auch auszuhalten. Eine solche Schädigung ihres Ansehens können die Gewerkschaften auch grundsätzlich nicht erdulden. Dagegen muß vom Reichsarbeitsminister verlangt und erwartet werden, daß er und seine Schlichtungsbehörden die sozialen Interessen der betroffenen Arbeiterklassen bei Schiedsprüchen und Verbindlichkeitsklärungen wahrnehmen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß in der Entwicklung aus Rücksicht auf unabweislich sind. Derartige Rücksicht werden in dem Maße vermindert, wie die Arbeiter die Notwendigkeit der Gewerkschaften einsehen und Gewerkschaftsmittglieder werden. Dann werden die Gewerkschaften auch in der Lage sein, für die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung einzutreten, und dann besteht die Streikfreiheit im Rahmen der stiftlichen Staatsgrundsätze unbeschränkt.

Indem die Kommunisten diese wirklichen Tatsachen vollkommen entstellen, treiben sie ein geradezu gemeinschaftliches Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse. Von jedem Gewerkschaftsfunktionär und von jedem Gewerkschaftsmittglied muß daher erwartet werden, daß sie diesen Verleumdern der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

Unsere Antwort

Jeder, der den ADGB-Artikel aufmerksam liest, kann un schwer feststellen, daß dieser so voller Widersprüche ist, daß immer ein Satz den anderen aufhebt und daß die positiven Behauptungen in diametralem Gegensatz zu den Tatsachen stehen.

1. Niemals hätte der ADGB. irgendwie auf Streikrecht verzichtet wollen.

Tatsache aber ist, daß er in Hamburg auf das Streikrecht verzichtet und zur Arbeitsaufnahme trotz einmütigen Streikbeschlusses seiner eigenen Gewerkschaftsfunktionäre aufgefordert hat.

Tatsache ist, daß der ADGB. und die sozialdemokratischen Minister und Abgeordnete im Eisenbahnerstreik 1922 den Beamten das Streikrecht bestritten und aberkannt. Zwei Tatsachen für diese.

2. Der ADGB. hätte immer auf die Einschränkung des Streikrechts durch Zwangsschiedsprüche „hingewiesen“. Allerdings, „hingewiesen“ hat der ADGB. darauf. Der ADGB.-Bundesausschuß hat sogar am 18. März 1924 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bundesausschuß des ADGB. erkennt in dem gesetzlichen Einigungszwang der Gesamtarbeitsverträge zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine schwere Gefahr für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung. Der Bundesausschuß erklärt deshalb die dem Einigungszwang betreffenden Bestimmungen in der Verordnung über das Schlichtungswesen als unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse.“

Was aber hat der ADGB. praktisch getan?

Erstens: die jetzige Schlichtungsverordnung ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes — dem der ADGB. und die SPD-Reichstagsfraktion zustimmte — erlassen worden. Ja, wie der Arbeitsminister Braunz unwiderprochen öffentlich feststellte, haben sozialdemokratische Gewerkschaftsführer im Reichstag an der Ausarbeitung dieser Verordnung selbst mitgewirkt.

Zweitens: Trotzdem diese Schlichtungsverordnung nach der eigenen Darstellung des ADGB. „unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse“ ist, hat der ADGB.-Vorstande Leipart ein Kommentar zu dieser Schlichtungsverordnung geschrieben:

„Wenn ich auch mit noch so vielen Bestimmungen der neuen Verordnung nicht einverstanden bin, so betrachte ich doch selbstverständlich die Auffassung, daß Gesetze im Rechtsstaate befolgt werden müssen, solange sie bestehen. Auch die Gewerkschaften werden sich der Verordnung fügen.“

Wir stellen also fest, der ADGB. ist mitschuldig an der Einführung des Systems der Zwangsschiedsprüche. Weiter erklärte er ausdrücklich, daß er sich diesem System, das unvereinbar ist mit den Interessen der Arbeiterklasse, fügt, dieses Gesetz ausdrücklich anerkennt.

Aber der ADGB. tut noch ein weiteres. — Im Leitartikel des „Vorwärts“, Morgenausgabe vom 2. Oktober, wird zum Hamburger Zwangsschiedspruch ganz richtig gesagt:

„Der Reichsarbeitsminister wollte nur die Lohnherdigung, die auch die Unternehmer wollten.“

Was will der Reichsarbeitsminister mit einer solchen „Sozialpolitik“? Will er die Gewerkschaften schwach machen? Will er die Arbeiter zur illegalen Aktion treiben?

Weder die Gewerkschaften, noch die Sozialdemokratie können es zulassen, daß durch einen Mißbrauch der Machtmittel des Reichsarbeitsministers das Streikrecht der Arbeiter aufgehoben wird.

Der Artikelschreiber im „Vorwärts“ hat hier sehr klar erkannt und ausgesprochen, wie die Arbeiter und Gewerkschaften unter dem Mantel der Gesetzmäßigkeit vergewaltigt und niedergebügelt werden sollen. Democh „fügt“ sich der ADGB. nicht nur den Gesetzen, die ihm anständig nicht gefallen, er fügt sich auch dem „Mißbrauch der Machtmittel des Reichsarbeitsministers“!

Dieser Mißbrauch wurde nicht nur in Hamburg betrieben, sondern er wird seit Jahr und Tag und ganz besonders seit Ausbruch der jetzigen Krise systematisch angewandt — nach dem Rezept der bekannten Altentanz des Unternehmernsinismus Meißinger — bei den Lohnbewegungen der Berg-, Chemie-, Textil- und Metallarbeiter. — Und immer „fügen“ sich die Gewerkschaften diesem „Mißbrauch“. Mehr noch! Sie verhindern mit Hilfe dieses Schlichtungsschwindels jeden Kampf der Arbeiter oder würgen jeden ausgebrochenen Streik ab.

Drittens. Der ADGB. sagt:

„Wären nicht nur ein Teil, sondern die Mehrzahl der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf die Zwangsstreike verzichten können.“

Daß dieser Entwurf nur reine Demagogie ist, zeigt der ADGB. selbst, indem er gleich im folgenden Satz erklärt: „Aber auch dann (wenn alle organisiert wären) würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand eines geltenden Tarifvertrages richtet, weil zu den Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung die Tarifstreue unbedingt gehört.“

Da nach Auslegung des ADGB. jeder verbindlich erklärte Schiedspruch „geltender Tarifvertrag“ ist, heißt das, er würde aus Tarifstreue — auch bei 100prozentiger Organisation — niemals gegen einen Zwangsschiedspruch kämpfen.

Viertens. Gegen die Rechtsfähigkeitsklärung der Gewerkschaften werden sich die Gewerkschaften mit aller Energie wehren.

Es war aber Einzheimer, der sozialdemokratische Theoretiker für Gewerkschafts- und Arbeiterrechtsfragen, der auf dem Juristentag in Köln die Rechtsfähigkeitsklärung der Gewerkschaften ausdrücklich forderte, ja, für die materielle Haftbarmachung der Gewerkschaften den Streikbescheid eintrug. Der ADGB. ist mit seinem Wort gegen Einzheimer aufgetreten, im Gegenteil, die ganze sozialdemokratische Presse einschließlich des „Vorwärts“ hat Einzheimer unterstützt.

Der ADGB. bestreitet die von uns aufgestellte Behauptung, das geltende Arbeitsrecht verbiete den Gewerkschaften in keiner Weise, gegen einen Zwangsstreik den Streik auszurufen und Streikunterstützung zu bezahlen.

Demgegenüber fragen wir: Wo ist die Stelle im Gesetz über Arbeitsrecht, die den Gewerkschaften den Streik und die Leistung von Streikunterstützung verbietet, wenn ein Zwangsschiedspruch ergangen ist? Eine solche Stelle gibt es selbst in der reaktionären Schlichtungsverordnung vom 30. Dez. 1923 nicht. Was aber besteht, das ist die seit etwa 1 Jahr eingebürgerte Spruchpraxis der Klassenjustiz, die wohl Gewerkschaften und Verbandsführer zu hohen Schadenersatzleistungen herbeizitiert hat, niemals aber Unternehmer und Arbeitgeberverbände bestraft, wenn diese Kämpfe trotz ergangenen Zwangsschiedspruches geführt haben. Doch diese Spruchpraxis der deutschen Gerichte konnte sich nur einbürgern, weil der ADGB. und die Gewerkschaften keinen Kampf dagegen führten, weil sie sich von vornherein bereit erklärten, sich zu „fügen“.

Soweit die „Rechtslage“ und ihre Auslegung durch den ADGB. weit wichtiger jedoch, als die juristische Rechtsklaubererei ist die Machtfrage. Der ADGB. könnte schon von Lassalle gelernt haben: daß nicht Recht, sondern Macht entscheidet. Und hier, auf diesem Gebiet ist es, wo der ADGB. dadurch Verrat auf Verrat gehäuft hat, daß er, das Proletariat, die Gewerkschaften selbst an der Entfaltung und dem Einsatz ihrer Macht hinderte, hätte der ADGB. und die Verbandsinstanzen schon in den Tagen des Novemberumsturzes wie auch seitdem die Macht der Gewerkschaften, der organisierten Arbeiterklasse eingesetzt, dann wäre nicht nur die heutige Spruchpraxis der Klassengerichte, sondern auch die ganze Schlichtungsverordnung und das ganze arbeiterfeindliche Arbeits-„Recht“ unmöglich.

Doch der ADGB. befolgte die entgegengesetzte Politik. Er setzte sich ein für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates. Der offizielle ADGB.-Schriftsteller Richard Seidel schreibt darüber in seinem Buch: „Die Gewerkschaften nach dem Krieg“. „Mit dieser Anteilnahme am staatlichen Leben ist aber die Mitverantwortlichkeit (der Gewerkschaften) für die Zustände verbunden.“

Diese „Mitverantwortlichkeit“ trieb die Gewerkschaften zur Arbeitsgemeinschaft und zu fortgesetztem Verrat an den Arbeiterinteressen. Nach dem Protokoll über die arbeitsgemeinschaftlichen Verhandlungen des ADGB. mit der Arbeitgeber-Vereinigung am 10. Dezember 1925 erklärte Leipart wörtlich:

„Auch die Gewerkschaften ließen sich nicht, wie ihnen dieses zum Vorwurf gemacht sei, nur von egoistischen Gesichtspunkten mit dem Ziel der Hebung der Arbeiterklasse, sondern eben so sehr von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten. Er hätte, dieses Streben doch anzuerkennen.“

Die Echtheit dieses Protokolls ist von Leipart auf dem Metallarbeiter-Verbandsstag in Bremen ausdrücklich bezeugt worden.

Diesem Programm folgend hat der ADGB. auch sofort dem Angebot Silberbergs zugestimmt und sich bereitwillig zu noch weit engerer Zusammenarbeit und Koalitionspolitik mit dem Kapital erklärt. Diesem Programm widerspricht aber der Kampf um das Streikrecht, der Kampf gegen verbindlich erklärte Schiedsprüche, gegen den ganzen Schlichtungsschwindel. Deshalb lehnt der ADGB. diesen Kampf ab, deshalb tut er, was die Unternehmer wollen und was die „Rechtliche Welt“ dieser Tage in klassischer Form zum Ausdruck brachte, indem sie schrieb:

„Deutsche Politik und Wirtschaft sind habel, in internationale Kombinationen hineinzuwachsen. Genf, Eisenpat und Weltwirtschaftskonferenz zeichnen ein neues Kräftefeld. Um uns nun geschlossen in diesem Prozeß einzufügen, brauchen wir nach innen Frieden und Zusammenarbeit. ... Verdes kommt aber neben politischen Wandlungen nur auf Grund einer Annäherung und Verständigung zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse zu.“

Arbeiter, Gewerkschaftsmittglieder! Hier steht ihr, wogu ihr mißbraucht werden soll. Hier steht ihr, was der Friede und die Zusammenarbeit mit Silberberg und Co. bedeutet. Hier steht ihr, wogu euch der Reformismus geführt hat und noch führen will.

5 Millionen guter Proletarier hat der Reformismus mit seiner Politik aus den Gewerkschaften getrieben. Der Reformismus führt euch systematisch von Niederlage zu Niederlage. Unter seiner Führung ist kein Sieg möglich.

Darum: Schärft den unerbittlichen Kampf gegen alle Verbände von Silberberg und Braunz im Lager der Gewerkschaften! Kampf gegen jeden Zwangsschiedspruch! Schluss mit dem Schlichtungsschwindel und Reformismus! Kampf für euer Streikrecht!

Breslauer Vergnügungs-Anzeiger

Konzerthaus „Wappenhof“
Täglich ab 4 Uhr **Künstler-Konzert**
Dienstag, Donnerstag, Sonntag **Wappenhof-Ball**

Arbeiter vergeßt nie die Fledermaus-Lichtspiele zu besuchen!

Ab Freitag, den 8. Oktober
Uraufführung für Breslau
Die Verdorbenen
Roman eines Menschenjüngers 6. Akt
Hierzu
Je oder — je toller
in 8 ganz verrückten Akten
Von Freitag, 8. bis Donnerstag, 14. Okt.
täglich von 3 bis 5 Uhr
Große Schiller- u. Kinder-Vorstellung
Streichorchester: Montag bis Freitag v. 4 1/2 — 6 1/2
20 Pfennig

Metropol Rosenthal

Jeden Sonntag
Großer Tanz
Es ladet ergebenst ein
Paul Hahn
Die allerselts beliebte
Tanzsport-Kapelle

Brauerei und Ausschank Zum großen Meerschiff

Inhaber Erich Vogel, Rauschestr. 28 (1 Min. vom Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr



Dicke 4's
Salem Zigaretten
in roter Packung
Gut bis zum letzten Zug

ORIENTALISCHE TABAK- u. CIGARETTENFABRIK
YENIDZE JNH. HUGO ZIETZ, G.M.B.H. DRESDEN
ZWEIGABTEILEN: KÖLN (P.) KÖNIGSBERG (P.) SEIFENHERRSDORF (S)

Lobe-Theater

Sonnabend, 9. 10., 8 Uhr
„Week-end“
Sonntag, 10. 10., 8 Uhr
Mensch und Uebermensch
Nachm.-Freud.-Vorstellung
zu halben Preisen
„Week-end“
Montag, 11. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Mohr für Mohr
Dienstag, 12. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Mensch und Uebermensch
Mittwoch, 13. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Mohr für Mohr
Donnerstag, 14. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Maria Stuart

Thalia-Theater

Sonnabend, den 9. 10.
bis Freitag, 15. 10.
Täglich
abends 8 Uhr
Schneider Bibbel
◇
Sonntag, 3 1/2, 11hr
Fremden-Vorstellung
zu halben Preisen
Schneider Bibbel

Such. Seifenverkäufer Holfter
Nikolaistr. 17

Stadttheater Breslau

Sonnabend, abends 8 Uhr
Martha
Sonntag, abends 7 1/2, 11hr
Erstes Gastspiel Kammerfänger Zauber
Ermen
Montag, abends 8 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 3
Gamson und Dalila
Dienstag, abends 8 Uhr
Zweites Gastspiel
Kammerfänger Richard Zauber
Die Fledermaus
Mittwoch, abends 8 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 4
Les petits riens
Die Waga als Herrin
Der getreue Muffelweiser
Donnerstag, abends 8 Uhr
Ballett-Abend:
Falciuccia, Petruchio, Scheherazade
Freitag, abends 8 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 4
In vollständiger Neuinszenierung
Der Vogelwandler
Sonnabend, abends 8 Uhr
Zerban und Holde
Sonntag, abends 8 Uhr
Der Vogelwandler

Liebtich-Theater

Telephon Stephan 34646
Täglich 8 Uhr
Kapit. Winstons Nymphen und Seelöwen
und das
sensation. Oktoberprogramm
Billige Eintrittspreise v. 0.50 M. an
Jeden Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
Familien- und Kinder-Vorstellung
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Schauspielhaus

Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 37460

Täglich 8 Uhr

Lady Hamilton

Musik v. Eduard Künneke
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
Die vertauschte Frau

Arbeiter besucht die Liebtlichbühne Ost

Tauschstraße 177.
Dienstag u. Freitag Programmwechsel
Ein Besuch von Ihnen und Sie sind
stets unser Gast.
Ab Freitag, den 8. Oktober
Auf vielseitigen Wunsch
Der Walzer von Strauß
und
das glänzende Beiprogramm
Jeden Sonntag Einlass 2 Uhr
Große Kinder-Vorstellung

Lebensmittel, Wild u. Geflügel

Walter Sagasser

Breslau, Rauschestr. 25

Circus Busch- Gebäude

Vom 16.-31. Okt.
**Sensations-
Gastspiel**
**Sylvester
Schaeffer**
u. ein fabelhaft.
**Variete-
Programm**

Victoria-

Theater Tel. R. 2297

Täglich
8 1/2 Uhr

„Timotheus geht daneben“

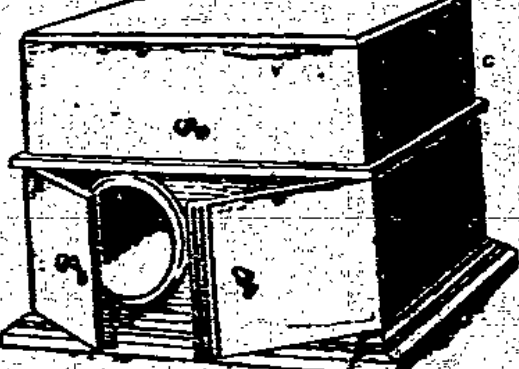
Schwank
in 3 Akten mit
Elfriede Mertens

Winter-Kartoffeln

bestellt man am
besten in der
Kartoffel-Verhandlung
Rloys Herrmann jr.
Breslau, Paulstr. 19
Fernspr. Ohle 4709

Sprech-Apparate

auf Teilzahlung, wöchentlich 3 Mk.
oder monatlich von



Größte Auswahl in modernen
Apparaten und Matten

Musikhaus Opitz & Höhne
Breslau, Breitestraße 15
Schien Sie genau auf unsere Firma

STALIN

Probleme des Leninismus

Dieses Buch erscheint als 5. Band
der Marxischen Bibliothek
Der Umfang ist 450 Seiten, gebunden
Ladenpreis 5 Mark

Wir liefern dieses Buch bis zum
17. Oktober d. J. portofrei ohne
weiteren Spesen an jedermann zum
Preis von 2,75 Mark gegen Vorein-
sendung des Betrages direkt an den
Besteller. — Bestellungen an
Arthur Müller, Breslau 8, Feldstr. 50

Fahrräder und Renn-Rahmen

alle
anderen Rahmen

Teilzahlung
**Rennfahrer-
Artikel**
billigst

Blittner, Breslau
Scheitnigerstraße 38

In Stadt u. Land

weisen wir zuver-
lässigen

Genossen und Genossinnen

gute Verdienstmög-
lichkeiten nach
Schriftliche Offerten
sind zu richten an
Arthur Müller
Breslau 8
Feldstraße 50

Genosse (in)!

**Werdet neue
Abonnenten!**

Nach vieljähriger Fachausbildung an der Univer-
sitäts-Nervenkl. Breslau (Geh.-Rat Wolfenberg),
an der Nervenabteilung des St. Georg-Kranken-
hauses Breslau (Prof. Mann) und zuletzt seit
1 1/2 Jahren an der Nervenstation der versorgungs-
ärztlichen Untersuchungsstelle Breslau (Ober-Reg-
Medizinal-Rat Dr. Haupt) habe ich mich hierselbst

Königsplatz 8 (a. d. Nikolaistr.)
als Facharzt für Nerven- u. Gemütsleiden
niedergelassen und halte Sprechstunden werktags
von 1/8 — 1/9 Uhr vorm. und von 5 — 1/7 Uhr nachm.

Dr. Harry Hirschberg
Fernspr. 40655 Privatwohnung: Alsenstr. 41

Restaurant Zum Ratsherrn

Breslau, Ring 5
Kurfürstenseite



Mutter kaufe nur die mit Zentrifuge
gereinigte, durch Dauererhitzung teim-
frei gemachte und tiefgeföhlte Wol-
milch aus der

Süd-Molkerei

Breslau, Bohrauer Straße 7
Jnh. Christoph Hümmel
Diese Milch braucht nicht geföcht
werden und bleiben dadurch wichtige
Nährstoffe erhalten.
Auch zu beziehen
durch meine **Kügelwagen**.

ASTHMA

Chron. Bronchialkatarrh, Ver-
schleimung d. Atmungsorgane
und veralteter Husten
9 Jahre habe ich schwer daran ge-
litten, alle versuchten Mittel waren
erfolglos, bis ich selbst ein Mittel
zum Einnehmen erfunden habe, das
mir sofort geholfen hat. Ärztlich
empfohlen. Tausende von
Dankschreiben. Jeder Leidende er-
hält bei Einsendung von Mark 1.—
eine Probe damit er sich von Erfolg
selbst überzeugen kann.
Paul Breitkreuz, Berlin O.-S. 33
Skalitzer Strasse 54

Likörfabrik Beihoff

Klosterstraße 69
Ecke Lützowstraße

Breslauer Brandwein 2,10
feinste Qualität, per Liter Mk.
Edel-Liköre 35% stark 3,50
alle Sorten per Liter Mk.
Weinbrand-Verschnitt 2,80
per Liter Mk.
Weinbrand aus französischen 3,50
Weinen, per Liter Mk. 4.— u.
Jamaika-Rum-Verschnitt alte 3,50
Qual., per Liter Mk. 4.— u.

Weine vom Fad

Tarragona p. Liter Mk. 1,30
Dessertwein 1,30
Malaga 1,40
Flaschen mitbringen

Verlangen Sie überall **Namslauer Bier** Am besten kaufen unsere Leser bei unseren Inserenten!

Verantwortlich für Inhalt, für den Schriftsatz, Druck und Vertrieb: Max Jannasch, Inhaber: A. Müller, beide in Breslau. Druck: Verlagsgesellschaft mbH, Breslau. Druck-Verlagsgesellschaft mbH, Breslau.